

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viertelbändige Beilagen oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Dienstag, den 19. September 1899.

6. Jahrgang.

Stimmen eine Beilage.

## Wer zahlt's?

O Unter diesem Titel löst die „Lübecker Btg.“ eine hüßige Philippika gegen die ostelbischen Junker los. Diese Herren — so meint das Blatt der rheinischen Schlotbarone — nehmen das Wohl gar zu voll und behaupten, der „Westen“ bereichere sich stets auf Kosten des „Ostens“ und jetzt soll er eine neue Liebesgabe durch den Bau des Mittelkanals geschenkt haben. Darob kühlt sich die Köblische in ihren edelsten Gefühlen gebissen und rumpft einmal tüchtig mit dem Geldsack auf: West- und Ostpreußen, erklärt sie, zahlten 1898 an Einkommensteuer 6 505 000 Mark, dagegen Westfalen und Rheinland 40 773 000; der Regierungsbezirk Düsseldorf allein bezahle doppelt so viel an Steuern, als die beiden ostelbischen Provinzen. „Der Osten ist es, der auf Kosten des Westens seine staatlichen Bedürfnisse befriedigt erhält, nicht umgekehrt. Das Leder des Westens ist es, aus dem die Riemen für den Osten geschmitten werden.“ Und nachdem das Blatt der „schweren Leute“ sich solchergealt an der Nachfülle des Geldsacks seiner Brodherrn erbaut hat, ruft es aus: „Und diese Herren — die Ostelbier —, die die Klugheit besitzen, solche Verdrehung von Thatsachen ins Land hinaus zu schreiben, predigen in demselben Athemzuge mit laubungsvollen Worten den wirtschaftlichen Frieden. Die Kanalfründe müßten, um ein Miquel'sches Wort umzudrehen, „Gel sein“, wenn sie diesen „Frieden“ antmachen wollten!“ — So ist's recht! Diese aufrichtige Sprache zwischen den rheinischen Proben und den ostelbischen Junkern freut uns unendlich. Aber wir hören eine dritte Person das halbe Zwiegespräch unterbrechen, nämlich den Arbeiter, der mit der Faust auf den Tisch schlägt und erklärt: „Die Millionen von Einkommensteuer werden gezahlt theils von mir, theils von euch, indem ihr einen wunigen Theil dessen hergebt, was ich an Mehrwerth auf dem Acker, in der Grube, in der Fabrik geschaffen habe. Ich zahlt's, und kein Anderer, ich zahlt's und ihr freßt's — vorläufig.“ — Ein anderes im Solde der Schlotbarone stehendes Blatt, die „Rhein.-Westf. Btg.“, erhebt gegen diesen Dritten gar den Vorwurf, daß er sich zu viel um theoretische Fragen kümmere: „Wenn näher liegende Interessen nicht in Frage wären, möchte es ja einwandfrei sein, auch einmal diesen theoretischen Erörterungen nachzugehen, wiewohl dadurch die Wohlfahrt der Arbeiterklasse und die Gesamtwohlfahrt nicht um einen Pfifferling gefördert erscheint. Aber wir verweisen darauf, daß die Sozialdemokratie sich wieder im grellen Gegensatz zu den Pflichten einer Partei des Arbeiterstandes bewegt, indem sie sich um die laugenbäcklich wichtigste, 180 bis 200 Millionen Arbeitsverdienst bedeutende Kanalfrage schlechterdings gar nicht bekümmert, sondern ihre Leute um einer Vernünftigkeit willen in Athem hält.“ — Schau einer den Pfiffikus! Wie gut der die sozialdemokratischen Stimmen zu würdigen weiß und wie er sie den Schlotbaronen dienstbar machen möchte! Erliegen ist freilich, daß die Sozialdemokratie sich „schlechterdings gar nicht“ um die Kanalvorlage gekümmert hat, sie hat sie genugsam besprochen, aber sie hatte halt auch etwas Anderes zu thun, indem sie die augenblicklich wichtigste Angelegenheit behandelte, die Frage, welche noch viele Millionen Arbeitsverdienst mehr und außerdem die Ehre der Arbeiterklasse betrifft — die Buchthausvorlage. Wie steht denn die „Rheinisch-Westfälische“ zu der Frage? Was aber die 180 bis 200 Millionen Arbeitsverdienst betrifft: hat nicht die Regierung erklärt, sie wolle dafür sorgen, daß möglichst viele fremde Arbeiter, die man extra herbeizieht, um den Lohn der einheimischen Arbeiter niederzuhalten, und haben nicht die parlamentarischen Kommiss der westfälischen Grubenbarone diese Erklärung beifällig aufgenommen?

So steht's: der deutsche Arbeiter zahlt's und damit ihm das möglichst sauer gemacht wird, zieht man nach Kräften die Italiener und Galizier herbei und rückt ihm mit der Buchthausvorlage auf den Leib.

## Politische Stundchen.

Deutschland.

Dr. Lieber's Ostasienreise hat bekanntlich in der Presse zu allerhand politischen Muthmaßungen namentlich mit

Rücksicht auf die innere Lage des Zentrums Anlaß gegeben. Jetzt erstieht Herr Dr. Lieber ein Vertheidiger in der „Frankf. Btg.“. Es ist unecht, von einer Flucht Dr. Lieber's nach Ostasien zu reden; man werde vielmehr gut thun, daran festzuhalten, daß die Entscheidung über alle die wichtigen Fragen, deren Lösung in der nächsten Session erwartet werde, schwerlich noch vor Weihnachten fallen wird, daß aber nach der Weihnachtsferien, das heißt im Januar, voraussichtlich auch Abg. Dr. Lieber wieder zur Stelle sein werde. — Wir werden ja sehen.

Die aufstodigen Schätzerien, mit denen der konservative Bureaukratismus zur Zeit die agrarische Fronde wegen des jüngerlichen Staatsoberkeisers fesselt, und die Schicksale der konservativen „Märtyrer“ dürfen die Aufmerksamkeit nicht ablenken von der Gefahr, die unausgesetzt aus der Buchthausvorlage droht. Daß das Zentrum bei einem Konflikt zwischen den Interessen der Arbeiter und der bürgerlichen Unternehmer schließlich auf die Seite des Unternehmertums fallen wird, daran werden hoffentlich die nationalliberalen Arbeiter nicht mehr zweifeln. Daß die Nationalliberalen für jede Verhinderung der Koalition freilich zu haben sind, kann als ausgemacht gelten. Aus nationalliberalen Kreisen wird dem Berliner Organ der Gruppe Krupp-Schweidung geschrieben:

Es ist allgemein bekannt, daß das „runde Mein“ des Herrn Bassermann keineswegs schlechtweg für die Nationalliberalen, auch nicht für wenigstens den weitaus größten Theil der nationalliberalen Fraktion gegolten hat. Herr Bassermann selbst hat offen im Reichstage erklärt, daß „ein Theil“ seiner Freunde für eine positive Lösung sei. Ob dieser Theil die Mehrheit über die Minorität der Fraktion war, blieb im Unklaren. Wir haben früher bereits mittheilt, daß bei der Abstimmung über die Frage, ob die Vorlage einer Kommission zu überweisen sei, nach unseren Informationen — eine namentliche Abstimmung hat leider nicht stattgefunden — genau die Hälfte der anwesenden Nationalliberalen für die Ueberweisung gewesen ist. Es hat danach von vornherein außer Zweifel gestanden, daß der fragliche „Theil“ der nationalliberalen Fraktion bei der Weiterberatung im Plenum positive Vorschläge machen werde und wir haben Grund zu der Annahme, daß dieser Theil die Mehrheit sein wird, hatten sogar nicht für ausgeschlossen, daß ruhige Ueberlegung die ganze Fraktion dahin führen wird, den mit der Bassermann'schen Rede begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Bisher hat sich noch kein einziges nationalliberales Blatt gegen Unterstellungen ähnlicher Art aufgelehnt. Es ist auch wohl Niemand so naiv, bergleichen zu erwarten. Und wenn es geschieht, wer giebt etwas auf große Worte!

Die korrigierte Korrektur. Die „Leipz. Volks-Btg.“ konstatirt, daß in den stenographischen Reichstagsberichten in den jetzt an die Abgeordneten vertheilten gedruckten Exemplaren eine „Korrektur“ der famosen „Korrektur“ abermals vorgenommen worden ist. Ein dicker Blauschreib geht durch den mittelften Satz, so daß Ballekrem jetzt sagt: „Dann ist dies etwas anderes. Dann können Sie sie in angemessener Weise erwähnen.“ — Also „Schwamm drüber“! Daß mit dem dicken Blauschreib die Sache erledigt sein soll, wird man hoffentlich im Reichstagsbureau selbst wohl kaum glauben.

Zu den badischen Landtagswahlen, die im Oktober stattfinden, ist der Aufmarsch der Parteien nahezu vollendet. In den 32 zur Neuwahl stehenden von insgesamt 62 Bezirken haben die Nationalliberalen bisher 24, Zentrum und Freisinn-Demokratie je 9, die Sozialdemokraten 7, die Antisemiten 4 und die Konservativen 1 Kandidaten aufgestellt. Die Namen der sozialistischen Kandidaten sind Apotheker Lutz-Baden-Landgerichtsrath Stöckhorner, R.), Redakteur Jendrich vom Karlsruhe „Volksfreund“ im Bezirke Durlach-Stadt (bisher Rechtsanwalt Bing, R.), Chemiker Dpizius-Pforzheim im Bezirke Pforzheim-Stadt (bisher Fabrikant Geßel, R.), Kaufmann Dreesbach und Gastwirth Geiß, beide in Mannheim, im Bezirke Mannheim-Stadt, den sie bisher bereits vertreten, Wertmeister Feih im Bezirke Schwellingen (bisher Landwirth Eder, F.) und Lithograph Sommer-Weinheim im Bezirke Weinheim (bisher Pfisterer, A.). — Das vornehmste Kampfbildet für die oppositionelle Parteien bei den bevorstehenden Wahlen die Erringung des direkten Wahlsystems für den Landtag, eine Forderung, um die sich der „Liberalismus“ der bisherigen Regierungspartei herumzudrücken versuchte, wie die Frage um den heißen Brei. Neuerdings hält es die nationalliberale Partei für wohl vereinbar mit ihren „liberalen“ Grundsätzen, für das direkte Wahl-

recht nur unter der Bedingung einzutreten, daß zu den allgemeinen, aus der unmittelbaren Wahl hervorgegangenen Abgeordneten noch solche hinzukommen, die von Interessentenvertretern, etwa den Kreisversammlungen ernannt sind. Damit hofft man den Einfluß der breiten Bevölkerungsmassen auf die Zusammensetzung der Volksvertretung erhöhen und die nationalliberale Mehrheit im Parlament auf alle Zeit hinaus festlegen zu können. Das badische Volk wird jedoch bei den Oktoberwahlen durch diese nationalliberale Rechnung zweifellos einen dicken Strich machen.

Zu fünf Monate Gefängnis wegen Streifvergehens. Von der dritten Strafkammer des Landgerichts Dresden wurde der Maurer Felleneck zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt, weil er nach dem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ einen Arbeitswilligen in der Erregung einen leichten Stoß vor die Brust gegeben und auf den Fuß getreten haben soll. Diese außerordentlich hohe Strafe ist auf Grund der bestehenden Gesetzgebung gefällt worden, ohne daß es dazu einer Buchthausvorlage bedurft hätte.

Wie leichtfertig manche Staatsanwälte bei der Erhebung der Anklage umgehen, zeigt eine Verhandlung, die am Donnerstag vor der ersten Strafkammer in Graudenz stattfand. Der Redakteur Majeraki von der „Gazeta Grudziowska“ hatte sich wegen angeblicher Beleidigung des Justizministers Schönstedt zu verantworten. Der Justizminister hatte keinen Strafantrag gestellt. Zu Anfang der Verhandlung erklärte Majeraki: „Ich werde weder antworten, noch mich vertheidigen, denn dies wäre überflüssig.“ Die Verhandlung nahm ihren Verlauf, und der Angeklagte antwortete auf alle Fragen, ob er etwas hinzuzufügen habe, mit einem bestimmten „Nein!“ Der Staatsanwalt beantragte dann kurz gegen Majeraki 300 Mk. Geldstrafe oder 30 Tage Haft. Das Gericht zog sich zur Verathung zurück. Einige Zeit darauf erschien es wieder, aber — ohne Urtheil. Es war nämlich ein kleiner Zerthum vorgefallen. Die Kammer 65 der „Gazeta Grudziowska“, in welcher der inkriminierte Artikel sich befand, hatte, wie die „Nationallzeitung“ meldet, nicht Redakteur Majeraki, sondern Redakteur Piotrowski als „Verantwortlicher“ bezeichnet.

Zu einer Konferenz für Reichsstatistik sind am Freitag in Posen Vertreter der Statistik des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten, sowie einzelne als Sachverständige entlaufene Herren zusammengetreten. Die Vertreter werden darüber zu berathen haben, wie mehrere in nächsten Jahre zu veranstaltende größere statistische Erhebungen einheitlich für das ganze Reich zu veranstalten sind. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1) Entwurf der Volkszählung im Jahre 1900; 2) Entwurf der Ermittlung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung in Verbindung mit einer besonderen Fortstatistik und 3) Entwurf einer sogenannten „großen“ Viehzählung im Jahre 1900. Zu den Punkten 2 und 3 ist zu bemerken, daß sie regelmäßig nur alle 10 Jahre aufgestellt werden sollen und danach erst 1903 bzw. 1902 vorzunehmen sein würden, ihre diesmalige vorzeitige Vornahme erfolgt aber wegen der rechtzeitigen Beschaffung des Materials für die Vorbereitung der Handelsvertrags-Verhandlungen. Die ursprünglich auch noch als Punkt 4 auf die Tagesordnung gesetzte Berathung über die Vervollständigung der Nachweise über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Jahre 1901 wird, da die Berathungen über Punkt 1 bis 3 voraussichtlich die ganze Zeit der Konferenz in Anspruch nehmen werden, aller Wahrscheinlichkeit nach von der Tagesordnung abgesetzt und bis zum nächsten Jahre verschoben werden müssen. Die Verhandlungen werden bis zum Dienstag währen. Vorsitzender ist Geh. Ober-Regierungsrath Dr. v. Scheel vom kaiserl. Statistischen Amt in Berlin.

Vom deutsch-polnischen Kriegsschauplatz. Aus Posen wird geschrieben: Bisher wurde von den Behörden immer nur der polnische Sprachunterricht an schulpflichtige Kinder verboten, während der polnische Unterricht, den in Preußen geprüfte Lehrerinnen erwachsenen Personen erteilten, nicht inibirt wurde. Jetzt hat aber der Kgl. Polizeipräsident von Posen dem polnischen Frauen-Vereine zu Posen die Ertheilung von polnischem Schreib- und Leseunterricht an erwachsene Personen vorläufig untersagt und Strafen von 100 Mk. bzw. 5 Tage Haft in jedem einzelnen Falle des Zu-



widerhandeln angedroht. Im genannten Verein war der polnische Lese- und Schreibunterricht an erwachsene Mädchen von in Preußen geprüften Lehrerinnen, welche die Lehrbefugnis von der Regierung für den Regierungsbezirk Posen erhalten hatten, erteilt worden. Der Polizeipräsident sieht aber in diesen Sprachkursen des Frauen-Lesevereins zu Posen eine private Lehranstalt, zu deren Gründung die notwendige behördliche Erlaubnis nicht eingeholt worden sei. (1) — Im Regierungsbezirk Bromberg hatten einige polnische Knaben von 13 und 14 Jahren ihren jüngeren Geschwistern polnischen Lese- und Schreibunterricht erteilt. Die Eltern dieser Knaben sind jetzt von der Behörde verständigt worden, daß diese 13 und 14jährigen Knaben eine unbefugte Lehrthätigkeit ausgeübt haben. Sollten die Eltern diesen Unterricht nicht verhindern, so würden die Eltern in jedem einzelnen Falle in Geldstrafen von 100 Mk. bezw. zehn Tagen Haft genommen werden! — Kommentar ist überflüssig. Die preussischen Behörden in Posen sind auf dem besten Wege sich unsterblich lächerlich zu machen.

**Vom Gewissenszwang in Preußen.** Im Kampfe gegen den in Preußen herrschenden Gewissenszwang für Dissidentenkinder ist wieder einmal ein für seinen Sohn einsetzender Vater unterlegen. Es wird darüber geschrieben: Der bekannte Buchhändler Genosse Hoffmann, der seit langer Zeit aus der Landeskirche ausgeschieden ist, erhielt verschiedene Strafmandate, weil er seinen Sohn nicht an dem Konfessionsunterricht in der Volksschule teilnehmen ließ. Er soll dadurch gegen die Verordnung des Provinzial Schulkollegiums vom 6. April 1897 und das Gesetz vom 23. April 1883 verstoßen haben. Das Schöffengericht sprach aber Hoffmann frei. Es erachtete eine Entscheidung des Kammergerichts vom 26. März 1890 für maßgebend, auf Grund deren Hoffmann in einem gleichartigen Strafverfahren 1890 freigesprochen worden ist. Das Kammergericht erklärte damals, das Allgemeine Landrecht spreche schon in § 11, II. 12 den Grundsatz aus, daß schulpflichtige Kinder zur Theilnahme an dem Religionsunterricht in einer Konfession, der die Kinder oder ihre Eltern nicht angehören, nicht angehalten werden dürfen. Gegen das Urtheil des Schöffengerichts legte der Amtsanwalt Berufung ein. Er behauptete, das Kammergericht habe seinen Standpunkt aufgegeben; in allen Fällen müssen schulpflichtige Kinder in einer Religion des Staates erzogen werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Eltern der Kirche angehören oder nicht. Das Landgericht hob die Vorentscheidung auf und verurtheilte Hoffmann zu 5 Mk. Geldstrafe. Es wurde ausgeführt, die Kinder könnten vom Konfessionsunterricht nur dann ferngehalten werden, wenn ihnen ein besonderer Dispens erteilt werde, was nicht geschehen sei. Der Angeklagte berief sich in der Revision auf die frühere Entscheidung des Kammergerichts. Das Kammergericht wies indessen die Revision als unbegründet ab. Es erklärte die frühere Entscheidung des Kammergerichts für unzutreffend. Es bleibt also beim Urtheil, d. h. bei dem Gewissenszwang.

**Kleine politische Nachrichten.** Die „Pos. Ztg.“ will wissen, daß die fanalagenerischen Hofwärtenträger nicht vom Hofe zeitweilig verbannt, sondern ihrer Stellung enthoben worden seien. — Nach Gerüchten, die die „Kreuz-Ztg.“ aus Paris erhalten haben will, stehe durchgreifende Veränderungen in der Besetzung der Militär-Attache-Posten bei den dortigen Botschaften bevor. Mehrere dieser Posten dürften für längere Zeit überhaupt unbesetzt bleiben. Wir wüßten auch nicht, was diese Attaches für einen Zweck hätten. Sie kosten nur Geld. — Polizeilich verboten wurde auch den Komikern und Sängerinnen in verschiedenen Berliner Spezialitäten-Salons der Vortrag von sogenannten „Dreyfus-Couplets“. Es verfielen meist nur einzelne sich in scharfen Worten gegen die französischen Generale und Richter wendende Strophen der Zensur, vereinzelt ist jedoch auch das Singen von Dreyfus-Couplets überhaupt inhibiert worden. Eigenthümlich ist es, daß die Strenge der Zensur nach dieser Richtung hin erst seit dem Urtheil von Rennes datirt und u. a. Couplets unterlag wurden, die vor dem zweiten Dreyfusprozeß aufstandslos gesungen werden durften. — Bei der Landtagswahl im Wahlkreis Linden (Hannover) wurde Bürgermeister Lichtenberg (Nationalist) mit 167 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Rauh (Sozialdemokrat) erhielt 95 Stimmen, ist also mit achtbarer Minorität leider unterlegen. — Die Zwangsinnung haben auch die Schuhmacher in Bamberg bereits jatt bekommen. Nach dem „Fränk. Kur.“ haben von den 174 Innungsmitgliedern 100 den Antrag auf Auflösung statutenmäßig eingebracht. Ein großer Theil der Meister stand überhaupt von vornherein der Schöpfung sehr mißtrauisch gegenüber, unterlag aber der Mehrheit. Nun sind noch mehr der Ueberzeugung geworden, daß das Innungswesen wohl viel Plandereien und viele Kosten verursacht, eine Hebung des Handwerkes aber nicht im Entferntesten verzipfen lasse. — Als Kuchfranke wurden am Mittwoch in das Militär-Lazarett in Krasenbourg ein Unteroffizier und vier Gemeine von dem in der Umgegend einquartierten 33. Infanterie-Regiment und am Donnerstag weitere acht Soldaten eingeliefert. Bei sechs Soldaten ist die rothe Ruhr ärztlich festgestellt. — Erich Osser hat sich im Schillingers Walde der Kitzmeister Graf v. Kitzberg vom Dragoner-Regiment Prinz Albrecht von Preußen in Tilsit. Ueber das Motiv der That ist nach der „Königsb. Post-Ztg.“ Näheres nicht bekannt geworden. — Ein beim Staatsdepartement der vereinigten Staaten eingelaufenes Telegramm besagt, daß die Russen in Venezuela die Regierungstruppen aus Valencia vertrieben und die Stadt besetzt hätten.

### Frankreich.

**Der Handelsminister Millerand,** bekanntlich das sozialistische Mitglied der Regierung, führte in einzelnen Bureaus der Postverwaltung probeweise den achtstündigen Arbeitstag ein.

Die Entscheidung über das Schicksal Dreyfus' verzögert sich wieder, obwohl die radikale Provinzpresse die Kampagne für die Begnadigung fortsetzt. Wahrscheinlich wird diese Begnadigung auch am nächsten Dienstag noch nicht — so meldet man der „Frkf. Ztg.“ aus Paris — im Ministerrath beschlossen werden, weil die Meinungen fortgesetzt getheilt sind. Der Kriegsminister Galliffet würde ohne Zweifel am liebsten sehen, daß Dreyfus selbst die Begnadigung nachsucht. Das wäre eine Art mora-

lischer Unterwerfung und die Absicht des Kriegsgerichts, Dreyfus den Wiedereintritt in die Armee unmöglich zu machen, wäre erreicht. Dreyfus den Wiedereintritt in die Armee unmöglich zu machen, wäre erreicht. Dreyfus jedoch läßt sich zu diesem Gnadengesuch nicht bestimmen, woran die Wünsche der Militärpartei scheitern. Die zweite Gruppe innerhalb der Regierung, darunter der Justizminister Monis, ist für die bedingungsweise Freilassung Dreyfus', sobald der Revisionsrath das Urtheil bestätigt. Alsdann bleibt es Dreyfus, seiner Familie und der Revisionspartei überlassen, entweder auf die Regierung einzuwirken, um eine Nachprüfung des Urtheils des Kriegsgerichts durch den Staatsanwalt Manan am Kassationshof herbeizuführen oder aber durch Vorbringung neuer Thatsachen wieder eine Revision zu beantragen. Jedenfalls ist die Freilassung Dreyfus' kaum vor dem Urtheil des Revisionsraths zu erwarten. Unterdessen drängt sich das Interesse für die Vereinigung des Senats als Staatsgericht am nächsten Montag vor. Der Untersuchungsrichter Fabre hat seine Akten bereits abgeschlossen. Die Gefangenen unterstehen jetzt dem Staatsanwalt Bernard, der die Anklage vertritt. Nach dem „Temps“ ist Jules Guerin, der „Held“ der Rue Chabrol, besonders belastet. Er habe sein Haus mit dem Geld des Herzogs von Orleans gemietet. Es sollte dem Herzog als Zuflucht dienen, sobald seine Ankunft in Paris als rathsam erachtet worden wäre, und war für diesen Fall mit Waffen versehen. Guerin untersteht also von Freitag ab ebenfalls der Gewalt des Staatsanwalts Bernard und man erwartet nun das baldige Ende der Belagerung der Rue de Chabrol. Die Senatoren der Rechten wollen am Montag die Kompetenz des Staatsgerichts anzweifeln. Man erzählt, daß auch Bemühungen gemacht werden, ein Drittel der Senatoren zum Fernbleiben zu veranlassen, damit der Senat beschlußunfähig ist. Die Angeklagten selbst und ihre Anwälte verlangen die Zulassung auch zu der ersten, rein konstitutionellen Sitzung, so daß möglicher Weise der Montag und Dienstag durch formelle Debatten ausgefüllt werden. Alsdann beginnt eine mehrtägige Arbeit der Untersuchungskommission.

Senatspräsident Fallières besprach sich Sonnabend mit dem Generalstaatsanwalt wegen des Prozesses vor dem höchsten Gericht. Gegen 45 des Komplotts Angeklagte wird das Verfahren eingestellt, es bleiben noch 22 Beschuldigte.

**Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau** empfing Freitag eine Deputation von radikalen Parlamentariern. Es wurde konstatiert, daß das Bedürfnis nach Einberufung der Kammer auf keiner Seite besteht. Zur Angelegenheit des Komplotts erzählte Waldeck-Rousseau, daß erdrückende Beweise gegen die angeklagten Royalisten, Antisemiten und Derocheisten bestehen. Einer bestimmten Erklärung über die Dreyfus-Affaire wich Waldeck-Rousseau aus, doch hatten die Abgeordneten den Eindruck, daß die Regierung bald eine befriedigende Entscheidung treffen werde.

Die radikale Presse greift Meline wegen seines verbrecherischen Verhaltens in der Dreyfus-Affaire heftig an. Die „Lanterne“ erinnert daran, daß Meline im Frühjahr 1898 die Petition Dreyfus' an die Volksvertretung unterdrückte, und giebt den Brief Meline's an General Villot wieder, der bereit war, die Petition an ihre Adresse zu befördern, aber durch Meline daran verhindert wurde. — Auf das Urtheil des Kriegsgerichts zurückkommend, behauptet der „Matin“, daß die zwei Richter, welche gegen die Verurtheilung des Dreyfus stimmten, der Hauptmann Beauvais und der Oberstleutnant de Breon waren.

Mercier, der Bittergeneral und Lebou, der frühere Kolonialminister und Fosterknecht Dreyfus' sollen beabsichtigen, nächstes Frühjahr bei den Senatswahlen zu kandidiren. An Freiheit scheint es diesen „ehelichen“ Seelen nicht zu fehlen.

### Serbien.

**Der Attentats-Prozeß in Belgrad.** Aus Belgrad wird der Wiener „Neuen Fr. Pr.“ unterm 14. Septbr. gemeldet: „Der Hochverrathsprozeß, der nunmehr eine Woche dauert, nähert sich seinem Ende. Es ist kein erquickliches Bild, das er darbietet. Den einzigen Lichtpunkt bildet die Aussage des Angeklagten Alawantitsch, der die Stellung eines Zollbeamten inne hatte und zugleich Vertreter des unter eigenthümlichen Umständen knapp vor dem Beginne der Schlußverhandlung verschiedene Kreispräfekten Shirko Angelitsch war. Statt den todtten Kreispräfekten (derselbe hat sich angeblich selbst im Gefängnis umgebracht. Red.) zu seinem eigenen Vortheil zu belasten, gedachte der Angeklagte mit warmen Worten des Verstorbenen, erklärte, daß derselbe stets seine Pflicht als Beamter erfüllt habe, und schilderte, mit welchem Eifer und mit welcher Energie Angelitsch die gegen König Milan und die Dynastie Obrenowitsch verbreiteten Pamphlete und Broschüren gesammelt, beschlagnahmt, ja selbst gekauft habe, um sie dann haufenweise in der Präfectur zu vernichten. Er sagte zum Schluß: „Ich bedauere tief, daß Shirko Angelitsch nicht mehr am Leben ist, er war ein selten braver Mann, ein pflichttreuer Beamter und ein treu ergebener Diener seines Königs und seines Vaterlandes.“ Diese Worte riefen große Bewegung hervor. Merkwürdiger Weise ist in den offiziellen Berichten über diese Szene nichts enthalten.“ — Vielleicht haben die Herren die Aussage gerade dieses Zeugen deshalb nicht gehört, bemerkt die „Frankf. Ztg.“ dazu, weil es an jenem Tage so stark regnete, daß die Diplomaten ihre Plätze verlassen mußten und die Regentropfen so

heftig auf das Bretterdach des Gebäudes schlugen, dem die Verhandlungen stattfinden, daß die Reporter schwer denselben folgen konnten. Uebrigens nähert sich der Prozeß seinem Ende. Am Freitag früh wurden verhört: Todorowitsch, Stefanowitsch, Miloradowitsch und Nikowitsch, sämmtlich Angehörige der radikalen Partei, welche wegen Beleidigung und Drohungen gegen den König und wegen Aufreizung gegen die Dynastie in das herrschende Regime angeklagt sind. Die aufgerufenen Zeugen bestätigten natürlich die in der Anklage enthaltenen Behauptungen.

Eine ferbische Ministerkrise scheint anlässlich des politischen Tendenzprozesses gegen die Radikalen ausgebrochen zu sein. Der Belgrader Korrespondent der „Pos. Ztg.“ erzählt „aus sicherster Quelle“, daß Ministerpräsident Georgiewitsch vor 2 Tagen seine Entlassung eingereicht hat, die vom König jedoch abgelehnt wurde. Im Ministerium sollen bedeutende Meinungsverschiedenheiten herrschen. Vielleicht hängt die Krise mit den von Wien und Petersburg ergangenen Warnungen zusammen. Allerdings meldet der sich offizieller Beziehungen erfreuende „Beste Vloz“ aus Wien, ein offizieller Schritt der österreichisch-ungarischen Botschaft in Belgrad, durch welchen die Regierung zur Mäßigung ermahnt worden wäre, sei nicht unternommen worden; freilich erschienen die Belorgnisse, welche das Verfahren in Belgrad erwecke, nicht ungerechtigt. — Das gerügt auch, um in Serbien verstanden zu werden.

### Amerika.

**Schlimme Erfahrungen** haben die Panter mit den von ihnen eingefügten eingeborenen Beamten gemacht. Der Bürgermeister von San Pedro (Philippinen), Macati, der dort vor einigen Monaten unter der Leitung eines der amerikanischen Kommissare vom Volke erwählt wurde, ist nach Manila in's Gefängnis gebracht worden, weil er fast unter den Augen der Amerikaner sein Amt zu einer Wabestation für die Armee Aguinaldos gemacht hat, wo bei ihm vier von diesen Offizieren zur Seite standen. Gleichfalls ist der Bürgermeister von Balinag verhaftet und wegen Hochverraths zu 22 Jahren Gefängnis verurtheilt worden, weil man ihn dabei ertappt hat, wie er sich mit „verrätherischen Schriftstücken“ in's aufständische Lager schleichen wollte. Diese Männer sind die beiden Beamten, deren Einkünfte in ihre Aemter seiner Zeit, vor zwei oder drei Monaten, mit so großem Jubel verurtheilt wurde als ein Beweis dafür, wie die Einrichtung bürgerlicher Regierungen unter amerikanischer Kontrolle erfreuliche Fortschritte mache und wie sich das philippinische Volk so froh und ergeben der amerikanischen Herrschaft füge.

Die spanische Regierung empfing von Manila die Nachricht, daß Aguinaldo angeordnet habe, daß die spanischen Gefangenen, sofern sie krank sind, aus der Gefangenschaft zu entlassen seien. Sie sollen sich an einem bestimmten Punkte der Küste sammeln, um von dort nach Spanien zurückbefördert zu werden.

### China.

**Allgemeine Wehrpflicht?** Der „Russischen Telegraphen-Agentur“ wird aus Tschaborowsk gemeldet: Der Kaiser von China hat einen Befehl erlassen, nach welchem eine Art Nationalgarde gebildet werden soll. Jeder Mann wird verpflichtet, eine gewisse Zeit in den Reihen des Heeres zu dienen. Im Falle eines Krieges sollen die auf diese Weise gebildeten Truppen als Hilfstruppen verwandt werden. Die Gouverneure von zwei in der Depeche als Hunsi und Quandan bezeichneten Provinzen haben angesichts der kritischen Lage in diesen Provinzen Befehl erhalten, im Laufe eines Monats über die Maßnahmen zu berichten, welche sie zur Erfüllung des obigen Befehls ergreifen. Die Gouverneure der übrigen Provinzen sollen ihren Bericht innerhalb dreier Monate einreichen.

## Der Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck

wurde am Sonntag Nachmittag 4 Uhr im Vereinshaus zu Lübeck vom Landesvertrauensmann Genossen Erdbeer eröffnet. In einer kurzen Ansprache gab er der Hoffnung Ausdruck, daß in erster, würdiger Weise für die Interessen der Sozialdemokratie möge gearbeitet werden, und ließ die Delegirten willkommen. Das Bureau wurde gebildet aus Erdbeer-Moskoff und Roschmerin als Vorsitzenden, Steinbrügge-Wismar und Groffe-Hamburg. In die Mandatprüfungscommission wurden Grevesmühl-Rehna, Garber-Boizenburg und Knuth-Grabow gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Bericht der Vertrauensmänner für beide Mecklenburg“ nahm Erdbeer-Moskoff das Wort. Er besprach zunächst die Frage, wie die Beschlüsse des letzten Parteitages ausgeführt seien. Der Antrag Gabelsch auf Herausgabe der reaktionären Parteien geheimer Flugblätter konnte aus finanziellen Gründen nicht berücksichtigt werden. An Agitation ist, abgesehen von der Kalenderverbreitung, herzlich wenig geschehen. Es sind auch fast gar keine Anforderungen gestellt worden. Ob Vauheit, ob das instinctive Gefühl, daß kein Geld da sei, die Ursache davon, siehe dahin. Zu bebauern sei dennoch, daß sich kein Bedürfnis gezeigt. Das Verlangen des 7ten Kreises nach Agitation großen Stils mit dem Kandidaten mußte abgelehnt werden, weil nicht genügend Mittel da. Die Prozesse kosteten viel Geld. Die Kalenderverbreitung ging gut von statten; doch hat Ludwigslust keine Kalender erhalten, während anderswo viel Material liegen blieb. Das darf nicht vorkommen; in jedem Winkel soll es hineingetragen werden. Die Ausbannung des Vertrauensmänner systems ist wenig geklappt worden. Nur Wittenburg ist gewonnen worden. Bezüglich der Stadterordneten wählen ist zu konstatiren, daß die Wismaraner gut abgeschnitten haben. Der Steuermannsagener Prozeß hat sehr viel Geld verschlungen, Moskoff hat Wons in größerem Maße vertrieben, im Uebrigen ist in der Hinsicht fast nichts geschehen. Der Antrag Schwerin, 25 pCt. an den Landesvertrauensmann abzuführen, ist zu befürworten. Verantwortlich kann man es dem Parteitag gegenüber schon. Das Sonntagsozialistengesetz soll unsere Sandagitation völlig lahm legen. Wenigstens bilden es die erweisen Junter sich ein. Doch sie rechnen nicht



mit unserer Disziplin, welche ihre Berechnung illusorisch machen wird. Man erschwert uns wohl die Arbeit, aber man hindert sie nicht. Auch in diesem Jahre wird trotz alledem ein Kalender verbreitet werden. Konferenzen sind nur im 7. Kreise abgehalten worden. — Zur Geschäftsordnung beantragte G. Rösse - Hamburg sofortige Eröffnung des Kassenschrifts (Punkt 2 der Tagesordnung) und gemeinschaftliche Diskussion beider Punkte. Dies ward gut geheißen. Erdbeer - Mostod verweist auf die gedruckte vorliegende Abrechnung, welche eine Einnahme von 2783,18 Mk. (bzw. 2000 Mk. vom Parteivorstand), eine Ausgabe von 2581,24 Mk., mithin einen Bestand von 201,94 Mk. aufweist. Lüdersdorf hat 44,40 Mk. aufgebracht. Unter den Ausgaben nehmen die Prozeßkosten den größten Raum ein (2128,18 Mk.). Wedner weist darauf hin, daß seine Ursache vorliege, auf die Leistungen stolz zu sein. Die größeren Orte müßten sich vor dem Dorfe Lüdersdorf schämen. Bei Prozeßfällen müsse man vorsichtig sein und nicht jede Appelle zum Meißeln treiben.

Der Bericht der Mandatprüfungscommission ergab die Anwesenheit von 28 Delegierten, Groth für die Presse und Erdbeer als Vertrauensmann. Vertreten sind die Orte: Voigdenburg, Eldena, Gütrow, Grabow, Gabelsch, Fürstberg, Hagenow, Goldberg, Lübeck (3), Lütz, Medow, Malchin, Neubrandenburg, Barchin, Mostod, Nehru, Schwaan, Schwerin, Strelitz, Wittenburg, Wismar, Waren, Tschirn, Tererow, Döberan, Neubukow. — Gäste sind anwesend aus Grevesmühl, Schmiedewitz und Lüdersdorf.

Heinrich Gütrow ging auf die mangelhafte Ausbringung von Geldmitteln ein, vernichtete das System der Mostoder, behauptete das gänzliche Fehlen von Schwerin, und den Umstand, daß die Wahlschulden nicht beschlüssig gemacht seien. Gütrow habe 120 Mk. selbst abgezahlt und 84 Mk. an die Landeskasse gesteuert. Es sind noch 200 Mk. Wahlschulden vorhanden, die endlich einmal gedeckt werden müssen, wenn man nicht in Mißacht gerathen wolle. G. Rösse - Hamburg bezweifelte, daß kein Verzicht nach Agitation vorhanden gewesen sei; aber der Gedanke an die Ebbe habe die Wahlschulden eben unterdrückt. Der Antrag, daß die Zentralkasse die Schulden bezahlen soll, war richtig, da die einzelnen Kreise es nie fertig bringen würden, das Geld gerade vom 3. als ärmsten Kreise. Grabow habe auch 250 Mk. Wahlschulden bezahlt, also auch sehr gut gearbeitet. Eldena verdränge auch rühmend erwähnt zu werden. Es habe aber 70 Mk. geliefert. Die Nichtzahlung der Schulden habe viel Mißgunst erweckt und Unzufriedenheit geschaffen, zumal man die wirtschaftliche Situation der Genossen eifrig betriebe. Nach dieser Seite hin hätte Erdbeer mehr Energie entwickeln müssen. Ebenso stehe es mit den Prozeßkosten. Deshalb sei nicht viel gechehen, wie man wünschte. Wenn könne gerne etwas extra für Mecklenburg thun. Anderswo werde viel mehr Geld verpulvert. Mostod habe anscheinend nicht den gehörigen Druck aus. Im 3. Kreise wurden drei Konferenzen abgehalten. Wenn die Kreise sich selbständig machen sollen, müssen die Orte Geld behalten. W. A. R. s. Lübeck: Aus Mecklenburg sei Alles zu holen, nur kein Geld. Stets würden die eigentümlichen Verhältnisse dafür in's Treffen geführt. Es liege aber nur an den Vertrauensleuten. Wenn man zum Hamburger Hofenarbeiterlohn 19000 Mark aufbringen konnte, dann wäre es auch möglich, für die Partei viel mehr zu thun. Es würde sehr sammtlich gearbeitet. Wo bleibt denn Schwerin, wo Organisation existieren, in der Abrechnung? Es kann und muß in Mecklenburg etwas mehr geschehen! Wenn der Parteivorstand nichts geben will, so kommt es daher, daß er stets geben muß und nie einen rothen Heller wiedererhält. Dabei steuert der ländliche Arbeiter gegen. Schwarz - Lübeck: Es müssen auch die an den Orten abgebrachten Gelder verrechnet werden, wenn man ein richtiges Bild gewinnen und in der Kritik nicht am Ziel vorbeistreichen will. Das muß geändert werden, soll nicht auch die Verantwortlichkeit eine falsche Meinung gewinnen. Der Delegierte von Lagenow wandte sich gegen Bartels. Es könne nicht mehr aufgebracht werden. Die Vertrauensleute hätten die Nase voll. Steinbrügge - Wismar: Daß in den kleinen Orten nicht alles klappt, ist erklärlich, wenn man die Hindernisse kennt, welche dort aufstehen. Es ist dort anders, als in der Großstadt. Die Vertrauensleute sind machtlos, das Gros hilft sie nicht, es sind immer dieselben, welche zahlen und arbeiten müssen. Rösse - Schwerin: Sein Ort sei auch nicht in Schutz zu nehmen, aber die wirklichen Leistungen kämen eben in Erdbeers Abrechnung nicht zum Vorschein. Die Wahlschulden und die Kalendersverbreitung seien selbständig bestritten worden. Der zweite Kreis habe den Vertrauensmann bisher nicht in Anspruch genommen. Doch habe mehr gechehen können, was bestritte er nicht. Es fehle eben, daß Einer den Andern zur Genüge antreibe. Vertrauensmänner seien auch da, wo zahlreiche Stimmen abgegeben werden, schwer anzutreiben, weil die Furcht vor Maßregelung groß und zum Theil übertrieben sei. Deshalb wechselte der Vertrauensmann auch recht oft. Konferenzen sind nicht abgehalten worden, weil sie nicht für erprießlich gehalten wurden. Lübeck stehe auch nicht in der Abrechnung. Der Delegierte aus Waren gab Bartels in mancher Hinsicht recht. Er bedauere das Fehlen des vierten Kreises in der Abrechnung. Grevesmühl - Nehru wunderte sich, daß über die geringen finanziellen Leistungen Mecklenburgs so hergezogen werde. Es werde eine respektable Summe Geldes aufgebracht. F. A. s. - Döberan: Bartels habe nicht eben agitatorisch gesprochen. Die Genossen hätten zur Arbeit noch die Vorbereitungen überdrüßig. Sein Ort trage alle lokalen Kosten selbst. Bartels - Lübeck wünschte, daß die Vertrauensmänner der einzelnen Orte eine Aufstellung der von ihnen abgebrachten Gelder geben sollten, um ein genaueres Bild der vereinnahmten Gelder geben zu können. Er sei ferner der Meinung, daß einzelne Orte sehr gut etwas mehr Gelder aufbringen könnten. G. A. R. - Voigdenburg nimmt seinen Ort in Schutz. Voigdenburg hätte mehrfach Gelder für Streiks aufgebracht. F. A. s. - Mostod wünschte, daß die Namen der lässigen Vertrauensleute veröffentlicht würden, sonst hätten die Behauptungen keinen Werth. Schmidt - Neubrandenburg verteidigte gleichfalls die örtlichen Vertrauensleute. Schwarz - Lübeck: Erdbeer kann keine andere als die vorliegende Abrechnung geben. Undernfalls bedarf es erst eines Beschlusses des Parteitag. Lorenz - Hamburg: Bezüglich der Rechnungslegung muß ein anderer Modus eingeführt werden, damit nicht erst kurz vor der Wahl die nötigen Arbeiten zu verrichten sind. Thatsächlich arbeiten aber die Vertrauensleute recht gemüthlich. Der Parteivorstand muß auch etwas mehr thun. F. A. s. - Döberan giebt Aufklärung über einen die Abrechnung betreffenden, untergeordneten Fall. Der Delegierte aus Waren bemerkte, daß der Kreisvertrauensmann seines Kreises lässig sei. R. A. s. - Lübeck: In Mecklenburg fehlt es an den nötigen Kräften, wie überall in ländlichen Distrikten. Es hindern auch die reaktionäre Gesetzgebung eine freie Entwicklung. Hätten wir die Freiheit, die der durchaus gewerkschaftlich arbeitende Bund der Landwirthe hat, wir könnten noch ganz anderes leisten. Aber die Arbeiter dürfen nicht immer darauf vertröstet werden, daß sie nichts leisten, nichts wagen dürfen, sondern es muß ihnen beigebracht werden, daß sie den Willen haben müssen, etwas zu schaffen. Dann geht es auch. Grevesmühl - Nehru sprach zu der Geldaufbringungsfrage. Heinrich Gütrow: Es kann für unsere Ueberzeugung wohl freiwillig etwas geliefert werden, anderswo müssen wir steuern. Groth - Mostod: Abrechnungsformulare sind sehr praktisch. Wir werden dann eine überschüssige Abrechnung erhalten. Schwarz - Lübeck machte praktische Vorschläge bezüglich der Formulare. In seinem Schlussworte erkannte Genosse Erdbeer die Berechtigung des Verlangens nach einer spezifischen Rechnungslegung an. Er vermicte darauf, daß schon ein entsprechender Antrag auf dem vorigjährigen Parteitag angenommen worden sei. Er sei leider nicht befolgt worden oder doch äußerst mangelhaft. Da müsse es eben anders werden. Gegen Rösse sei zu erwägen, daß er sich in einem gewissen Widerspruch bewege. Er, Erdbeer, habe ebenso wie die kleinen Orte an Ebbe laborirt. Die

Berliner Kassieren auch ganz gehörig. Man dürfte froh sein, das Erhalten zu besitzen. Uebrigens habe Berlin schon viel gethan und werde noch viel thun müssen. Der Parteivorstand habe voll auf seine Schuldigkeit gethan. Angenommen wurde der Antrag, daß die Vertrauensleute 4 Wochen vor dem Parteitag eine spezifizierte Abrechnung an den Landesvertrauensmann zu senden haben, zu welcher ihnen entsprechende Formulare geliefert werden. Mit der Kassaverwaltung wurden die Genossen Grevesmühl, Nehru, Mostod und die Genossen aus Lütz betraut.

#### Zweiter Verhandlungstag. (Vormittags-sitzung).

Der Bericht der Delegationscommission ergab die Wichtigkeit von Masse und Belegen. Ueber „Organisation und Agitation“ referirte Schwarz - Lübeck: Die Frage ist für Mecklenburg infolge der überaus rückständigen mecklenburgischen Gesetzgebung, die das Vereins- und Versammlungsrecht für die Arbeiter, auch trotz der Reichsgewerbeordnung, zu nichte macht, anders zu behandeln, als im übrigen Deutschland. Man hemmelt rein gewerkschaftliche Versammlungen unter den niedrigsten Vorwänden zu politischen und verbot sie. Daher sind die einschlägigen Anträge von Schwerin und Mostod begründet, die Verlesung von von Alka in der „Meckl. Volksztg.“ ist werthvoll und zutreffend. Der Grundlag, daß Reichsgesetz über Landesgesetz gehen soll, muß hochgehalten, Artikel 14 der Verfassung muß durchgeführt werden, nicht nur für die Presse, sondern auch bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechtes. Gerade Mecklenburg hat schon öfter im Reichstage zu entsprechenden Interpellationen und Anträgen Anlaß gegeben. Die Petition des Vereins Wald in Friedland hat zu eingehenden Erörterungen Anlaß gegeben. Zu greifbaren Resultaten hat es bisher nicht geführt dank der ablehnenden Haltung des Bundesrates. Auch die Fraktion hat mehrfach fruchtlos eingegriffen, so bei der Abstimmung der Wahl des Strelitzer Abgeordneten von Döberan. Senger hat der Verlesung Ausdruck gegeben, es müßte durch ein Reichvereinsgesetz das wenige Gute, das in Deutschland noch in einzelnen Bundesstaaten existirt, beseitigt werden. Diese Ansicht ist bei der in Regierungskreisen herrschenden Stimmung nicht unberücksichtigt. Was jedoch die Behandlung der Gewerkschaften betrifft, so kann und muß etwas geschehen. Mecklenburg muß gezeugen werden, die Reichsgewerbeordnung zu revidieren. Die Politik nicht zu streifen, ist in vielen Fällen einfach unmöglich. Die Fraktion wird in dieser Hinsicht schon im Herbst ohne Weiteres vortreten. Im übrigen ist es ein kindlicher Glaube, wenn man sich einbildet, mit den heute gebräuchlichen Mitteln unsere Bewegung heilen zu können, das beweisen aufs beste die Wahlergebnisse, die Reth für uns günstiger werden. Auch unter besten Gesetzen führen wir dann nicht besser. G. A. s. - Mostod bekräftigte die gegen das mecklenburgische Polizeiregiment gerichteten Anträge und hat um Ausnahme derselben, ebenso um die des Antrages Mostod auf Zulassung eines Ständes des sten Reiches an den sten zwecks praktischer Agitation. Der Delegierte aus Waren und o. w. forderte energischer Stellungnahme der Anträge durch die Fraktion. Was Fackelde könne, könnten die sozialdemokratischen Abgeordneten auch. Ihm sei eine Verammlung aus wichtigem Grunde anzuweisen. Nicht einmal in kommunalen Dingen und Konzentrationen und Unfällen dürfe man mehr ein freies Wort reden. Lorenz - Hamburg: Es reicht muß die Fraktion stumm vorgehen. Es kann garnicht oft genug angestrichen werden. Gerichtet werden kann nur etwas, wenn im Sinne der Anträge Mostod und Wismar gehandelt wird. Der Antrag bezüglich der alljährlichen Agitationstour ist nach Lage der Dinge, vor allem mit Rücksicht auf die Massenverhältnisse zu behandeln. Groth - Mostod: Man muß Schwarz beipflichten. Im Vordergrund jedoch steht die Agitation von Mund zu Mund, auf sie ist das Schwergewicht zu legen. Dieser soll ja gerade das Sonntagssozialistengesetz mit dem doppelten Boden entgegenwirken. Die hochkonservativen „Meckl. Nachr.“ haben am letzten Sonntag in den Städten Problemnummern öffentlich austragen lassen. Ebenso werden Missionschriften vertheilt. Das ist offene Verhöhnung des Gesetzes. Doch mag ja „Dispens“ ertheilt worden sein. Im Romanum ist mehr erreicht, als im Mittelaltlichen, ebenso aber überhauert da, wo intensiver gearbeitet worden ist. Steinbrügge - Wismar: Gerade Wismar hat am meisten unter dem System zu leiden. Die läghastigen Verichte der „Meckl. Nachrichten“ haben die Behörden scharf gemacht. Es hagelt nur so Verbote, „weil das Lokal „Panja“ als politisches, als sozialdemokratisches gestempelt worden ist“. Es muß einmal zu einem Ende hinaus. Wedner schilderte einige bereits durch die Presse bekanntgegebene besonders traurige Fälle der Wismaraner Polizeiwirtschaft, die einfach eine unerhörte ist. Es ist das reine Wunder, daß die Arbeiter noch ruhig bleiben. Bartels - Lübeck kritisierte das in seiner Sache in Neustadt gefällte Schöffengerichtsurtheil und im Anschluß daran die gemalte Mediensprechung und politische Auslegungskunst. Grevesmühl - Nehru: Wir sind ziemlich machtlos, das Ministerium giebt den Behörden Recht. Der Arbeiter muß über die Schutz- und Versicherungslegung aufgeklärt werden. Lütz - Hamburg: Es handelt sich um die agitatorische Ausnutzung der Anträge. Das Reichvereinsgesetz ist etwas Erstrebenswerthes. Das Verständnis und das Wissen der überwachenden Beamten ist durchweg ein ganz minimales. Mecklenburg steht noch heute unter dem Sozialistengesetz. Heinrich Gütrow sprach im Sinne der Vorredner und für die Abtrennung des Theiles vom Kreise Gütrow-Milnig unter Beibehaltung der Zentralkasse durch Gütrow und befragte die Schwirkeiten der Agitation in den weit ausgedehnten Kreisen. Er beklagte, daß die Person immer noch viel zu sehr über die Sache gestellt werde. Der Delegierte von Lütz betonte, daß die Annäherung der Verfassungslegung sich lohne. Schmidt - Neubrandenburg: Auch der vierte Kreis werde zum Theil gründlich bearbeitet. Das gehe besser von Neubrandenburg aus. K. A. s. - Strelitz: Es muß mindestens eine Petition an den Reichstag gerichtet werden. Die Bewegung ist bei uns gewachsen. Die Polizei weiß zwischen Politik und Gewerkschaftsbewegung keinen Unterschied zu machen. Groth - Mostod: In Wismar hat die Polizei nicht die Konsequenzen ihres Verhaltens gezogen, indem sie die angeblichen Sänder nicht mit einem Strafmandat bedachte, ebenso an anderen Orten, so Neubukow. Auf die Verfassungslegung muß eingegangen werden. Leider ist der Respekt vor dem Beamtenrod noch viel zu groß, man giebt dem Verlangen der Behörden viel zu weit nach. Steinbrügge - Wismar: Es ist Alles versucht worden, aber die Polizei hat immer Recht. Wir haben beantragt, für den Winter Schilderhäuser für die vor der „Panja“ patrouillierenden und kontrollierenden Beamten zu errichten. Dr. Herzfeld hat praktisch es mitgemacht, wie es bei uns geht. Früher hat der Polizeifaktor bestritten, Sozialistenfresser zu sein — und jetzt! Doch gerade deswegen werden wir bei der nächsten Wahl mit Zahlen aufmarschieren. Groth - Hamburg: Ich begreife die Erregung des Vorredners über die übertriebene Häßlichkeit der Beamtenwillkür. Wir müssen das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu haben suchen, das geht aber nicht ohne Bewegungsfreiheit. Heute ist es unmöglich in Mecklenburg über den wissenschaftlichen Sozialismus zu sprechen. Heute agitiert eigentlich am besten unsere Gegner für uns. Sie zwingen durch ihr Verhalten die Arbeiter, instruktiv sich der Sozialdemokratie zuzuwenden. In Grabow ist die Errichtung einer Ortskrankenkasse durch Agitation durchgeführt worden. — Schluß der Redaktion. Die Diskussion über diesen Punkt dauert fort.

#### Lübeck und Nachbargebiete.

Montag den 18. September.

Pfarrer Naumann erhält von den „Lüb. Anz.“ einen ausgewischt, weil er rein sachlich es zu erklären versucht hat, weshalb organisierte Arbeiter nicht mit unorganisierten

zusammenarbeiten wollen. Sie reden dabei von etwas Unsympathischem und — Hohngeächter der Hölle — Freiheitswidrigem. Will das geschätzte Blatt diese Deklamation nicht lieber an die Adresse der Herren Fabrikanten richten, welche in standhaftester Weise ihre Arbeiter hindern, sich zu organisieren? Wir sind gern bereit, die nötigen Adressen mitzutheilen.

— Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Müller und Mühlenarbeiter tagte am 13. d. Mts. im Vereinshaufe. Dieselbe beschäftigte sich mit den Antworten der Arbeitgeber auf die eingereichten Anfragen um Verkürzung der Arbeitszeit. Die Mehrzahl der Antworten lauteten dahin, daß die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zum Frühjahr wohl angängig wäre, daß es aber augenblicklich, im Herbst, da das Geschäft etwas anzieht, nicht angängig sei. Die Kunstmühle von H. A. R. u. Co. hat in dieser Frage einen eigenartigen Standpunkt eingenommen, indem sie die Stunde von 6—7 Uhr als Ueberstunde bezahlt, dafür aber zwei Mark vom Wochenlohn abzieht. Folgende Resolution wurde angenommen: In Erwägung, daß die größeren für uns in Betracht kommenden Mühlen die Verkürzung der Arbeitszeit zum Frühjahr in Aussicht gestellt haben, spricht die heutige Versammlung die Hoffnung aus, daß die Arbeitgeber auch zum Frühjahr ihr Versprechen einlösen werden. Von den Arbeitern der Schiefenberger Dampfsmühle wurde ein Bild der dortigen Zustände entrollt, welches verdient, an die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Die Arbeiter müssen dort von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends schuften. Die Arbeitszeit beträgt dort noch 14 Stunden. Es giebt dort kaum so viel Zeit, daß man sein bißchen Essen einnehmen kann. Ohne fortwährendes Antreiben kann Herr Woll sich keine Arbeit denken. Es geht dort immer kopfunter und kopfüber. Ganz besonders wird dort der Sonntag geheiligt. Die Müller werden Sonntags bis Mittag mit Steinhäufen beschäftigt für den horrenden Lohn von 1 Mark. Die Arbeiter müssen bis Mittag andere Arbeit verrichten für den Lohn von 50 Pfg. (fünzig Pfennig). Da wäre noch ein Feld für den Fabrikinspektor, der dort seinen Bericht ergötzen und Herrn Woll auf die gesellschaftlichen Bestimmungen aufmerksam machen könnte. Die nächste Versammlung wird sich noch weiter mit Herrn Woll beschäftigen.

1. Unvorsichtig. Auf der Schiefenberger Mühle verunglückte Sonnabend der Müllergeselle D. E. M. a. n. n. dadurch, daß er selbst auf der Mehrlutsche hinunterzugleiten versuchte, wobei die Rutse abglitt und Dettmann auf die Erde fiel. Der Unvorsichtige erlitt eine Verstauchung des Rückgrats und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

— Eingekürzt ist gestern Morgen gegen 9 Uhr der Ofen der Ziegerei auf Marth. Da die Leute dort nur bis 6 Uhr Morgens gearbeitet haben, ist Niemand zu Schaden gekommen.

Vom Submissionswesen. Die „Fz. Nachr.“ melden: Für den Bau eines Fischereihafens in Schulan sind 15 Offerten eingegangen. Mindestfordernder ist W. A. s. - R. e. n. d. s. b. u. r. g. mit 99 907,18 Mk., Höchstfordernder Schwarz - Lübeck mit 223 393,45 Mark. — Also mehr als mal so viel!

Gewerbeschule. Der Unterricht im Winterhalbjahre beginnt Dienstag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr. Die Aufnahme von Schülern findet statt Sonntag, den 17. September, von 9—12 Uhr vormittags, Donnerstag, den 21. und Freitag, den 22. September, abends von 7 bis 9 Uhr, sowie Freitag, den 6. Oktober, und Sonnabend, den 7. Oktober, abends von 7—9 Uhr und Sonntag, den 8. Oktober, vormittags von 10—12 Uhr. Das Schulgeld kann während der Aufnahmezeit im Schulhause selbst, später nur im Rechnungsbureau der Oberschulbehörde, Stöckengießerstr. 4, entrichtet werden. Dasselbe beträgt für Gehilfen und Lehrlinge 5 Mark halbjährlich ohne Rücksicht auf die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden und Übungen. Für Schüler anderer Lehranstalten sind Lehrgänge im Linear- und Freihandzeichnen eingerichtet. Das Schulgeld dafür beträgt 3 Mark. Unbemittelten kann das Schulgeld erlassen werden, falls dies rechtzeitig beantragt wird.

In das Handelsregister ist am 16. d. Mts. eingetragen auf Blatt 1082 bei der Firma „H. Wittmad“: Der Gesellschafter Hans Heinrich Wittmad ist gestorben. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit der Firma ist auf den Gesellschafter Julius Wittmad als alleinigen Inhaber übergegangen: auf Blatt 2113 bei der Firma: „Margarine-Fabrik Gollatia, vorm. G. Peterfen u. Co.“: Die hiesige Zweigniederlassung ist aufgegeben und die Firma hier erloschen.

Die Nichthaftungserklärung hat die Ehefrau des Arbeiters H. F. Th. M. Manthei, F. C. B. geb. Fick, abgegeben.

Mori. Eine Landtagswähler-Versammlung findet am Mittwoch, den 20. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. A. R. statt. Das Referat hat Genosse R. A. s. - Lübeck übernommen.

Katekan. Eine Landtagswähler-Versammlung tagte gestern Abend im Lokale der Wittwe R. o. p. p. Da die Arbeiter durch die Kartoffelernte größtentheils ermüdet sind, ließ der Besuch zu wünschen übrig. Genosse R. A. s. - Lübeck referirte.

Entiu. Vom Melbewesen. Ein Tapeziergehilfe war genötigt, von hier plötzlich nach Lübeck zu verziehen. Dort angelangt, meldete er sich sofort schriftlich ab, erhielt aber trotzdem eine Strafverfügung über 1 Mk. wegen nicht vorchriftsmäßiger Abmeldung. Er legte Beschwerde ein, erhielt aber vom Magistrat (gez. Mahlfeld) die Antwort, daß dieser zur Zurechnahme der



Verfügung nicht im Stande sei, da der Beschwerdeführer es unterlassen habe, vor der Abreise sich abzumelden. Wir müssen gestehen, daß wir dieses Verfahren für unhaltbar erachten. Bei den heutigen Arbeitsverhältnissen kann es jederzeit passieren, daß man, damit einem eine gute Stelle nicht aus der Nase geht, abreisen muß. Wir meinen denn doch, daß wenn Jemand innerhalb der allerorts üblichen 3 Tage sich korrekt abmeldet, dies genügen muß. Der Magistrat resp. die oldenburgische Regierung werden gut daran thun, wenn sie die Bekanntmachung vom 23. 6. 91 betr. das Meldewesen einer Revision unterziehen, die den tatsächlichen Verhältnissen wenigstens in etwas Rechnung trägt. Das Ding riecht gar zu sehr nach dem grünen Tische. Bemerkte sei auch noch, daß die betr. Strafverfügung wohl auf die etwaige zwangsweise Beitreibung groß und breit hinweist, daß in ihr aber nicht angegeben ist, wo Beschwerde erhoben, resp. daß amtlicherliche Entscheidung beantragt werden kann. Auch das halten wir für unzulässig.

**Hamburg.** Der Klemperstreik hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. Nur einige Firmen haben den von der Innung acceptirten Tarif noch nicht anerkannt. Unter diesen befindet sich auch die Werst von Blohm u. Voß. Der Inhaber derselben, Herr Blohm, ist Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes und beweist durch sein Verhalten, daß er auch die Beschlüsse der Arbeitgeberorganisationen nur respektiert, solange sie nach seiner Pfeife tanzen. Ein netter Dackel!

**Dassow.** Durch Feuer zerstört wurde am Freitag Nachmittag das an der Chausseestraße belegene Wohnhaus des Sattlers Brauer, ein ziemlich altes

Gebäude. Zum Glück gelang es der Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.  
**Volkenburg.** Hochwasser droht unserer Stadt in diesem Jahre zum vierten Male. Es wird auf 3 bis 4 Meter und auf Verlust der Herbstweide zu rechnen sein.  
**Mag.** Arbeitererisiko. Dem Arbeiter Herbst im benachbarten Broock wurde in der Dampfbesenmaschine der linke Arm total abgerissen.  
**Hennrichsdorf.** Parteitag. In der Nachmittags-Sitzung ward die Diskussion über die Erweiterung des Meier Geschäfts fortgesetzt und nach lebhafter Debatte beendet und dann die zu dem Punkt 2 gestellten Anträge, darunter auch ein Antrag, die „Nord-Wacht“ wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen, abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, den Beschluß des vorigen Parteitages, nach welchem die Agitationskommission die eingegangenen Gelder zur Deckung des Defizits der „Schleswig-Holstein. Volkszeitung“ verwenden kann, aufzuheben. Nunmehr gelangte der 3. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Kommunalwahlen in den Städten der Provinz Schleswig-Holstein, zur Verhandlung. Der Referent Ströbel erklärte das Thema von dem Gesichtspunkte aus, daß durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes über die Erhöhung des Zensus die Endlage geändert ist und den Arbeitern eine Beteiligung wieder möglich ist, wenn diese Entscheidung zu Recht befähigt bleibt. Nach einer lebhaften Diskussion, in welcher von den meisten Rednern die Beteiligung an den Gemeindevahlen empfohlen wurde, gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Genossen haben überall da, wo Aussicht auf Erfolg ist, sich an den Gemeindevahlen zu beteiligen, unter der Voraussetzung, daß eigene Kandidaten aufgestellt werden. Der 4. Punkt der Tagesordnung betraf den Internationalen Kongress Referent war Genosse Legien. Derselbe gab einen Überblick über die bekannten Ergebnisse der internationalen Zwecke im die Ideen, welche denselben zu Grunde liegen, welche sind: die gleichmäßige Organisation, des Klassenkampfes, die Bekämpfung der Solidarität der Interessen des Proletariats gegen den Militarismus. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl derselbe, zwei Delegationen zu entsenden. Der Parteitag beschloß, zwei Delegationen zu senden.

Vorgeschlagen wurden die Genossen Legien, von Elm, Frohme und Jung. Der letztere verzichtete auf eine Wahl. Aus der Wahl gingen hervor die Genossen Legien und Ströbel. In der Kalenderfrage, die nunmehr ventilirt wurde, ward beschlossen, die „Norddeutschen Volksblätter“ in Zukunft in Kiel herzustellen und denselben spätestens Ende September erscheinen zu lassen. Ein Antrag der Genossen von Gadenburg, betreffend Ueberlassung von Agitationsmaterial, wurde der Agitationskommission überwiesen. Weiter wurde beschlossen, daß der Parteitag ausschließlich stattfinden soll. Der nächste Parteitag soll in Kiel stattfinden. Eine Beschwerde des Genossen Kind aus Oldesloe über die Agitationskommission des 8. Wahlkreises ward der Agitationskommission zur Erledigung überwiesen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und schloß der Vorsitzende Lienau mit einer feierlichen Ansprache den Parteitag.

**Briefkasten.**  
Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

**Diebstahl.**  
Für die angestrichelten Namen gingen ein:  
Lagerleiter G. B. Papiere fehlen zu Ihrer Verfügung  
Lassalle'sche Komite. Mittwoch Abend Sitzung  
Das Erscheinen aller ist dringend notwendig  
M. S. D. Derartige Arrestbefehle ist nur das zukünftige  
Anspruch auf Antrag zu erlassen berechtigt. Vorher geht der  
Bericht, durch Wahrung der Ordnung zu erlangen.

**Diebstahl.**  
Für die angestrichelten Namen gingen ein:  
Lagerleiter G. B. Papiere fehlen zu Ihrer Verfügung  
Lassalle'sche Komite. Mittwoch Abend Sitzung  
Das Erscheinen aller ist dringend notwendig  
M. S. D. Derartige Arrestbefehle ist nur das zukünftige  
Anspruch auf Antrag zu erlassen berechtigt. Vorher geht der  
Bericht, durch Wahrung der Ordnung zu erlangen.

## Geschäfts-Übernahme.

Meiner werthen Kundschaft, sowie dem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein in meinem Hause Beckergarbe 68 betriebenes  
**Detail-Geschäft**  
an Herrn Max Assmy abgetreten habe. Für das mir bewiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auch meinem Nachfolger übertragen zu wollen.  
**Wilh. Ausborn.**

Auf Vorstehendes mich beziehend, übernehme ich am heutigen Tage von Herrn Wilh. Ausborn das  
**Drogen-, Farben- u. Colonial-  
waaren-Detailgeschäft**  
Beckergarbe 68  
und werde dasselbe für meine Rechnung unter der Firma  
**Wilh. Ausborn Nachf. Max Assmy**  
fortführen. Ich bitte, das Herrn Ausborn bewiesene Wohlwollen auch mir zu Theil werden zu lassen und werde stets bestrebt sein, durch aufmerksame, streng reelle Bedienung mich desselben stets würdig zu zeigen.  
**Max Assmy**  
in Firma: Wilh. Ausborn Nachf.

**Arbeiter-**  
Anzüge, sowie Normal-Unterzeuge, blaue Bonjaden, Jagdwesten, Joländer, Lederjoppen  
empfiehlt in bekannt starker Waare und bester Näharbeit  
**Carl Herm. Mich. Stave**  
Weiter Krambuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.  
Gegründet 1821.

**Central-Hallen.**  
**Grosser Abschieds-Ball**  
am Donnerstag den 21. September 1899.  
Anfang 8 Uhr. Entree für Herren 60 Pfg., Damen 20 Pfg.  
Hierzu ladet ergebenst ein  
**Johs. Dürkop.**

**Mhlert's braune Kuchen**  
von Koch & Wilcken, Hamburg  
in Packeten à 12 Stück à 15 Pfg.  
Nur zu haben bei:  
**H. Bülck.**  
**Neue Ia. Berger Flohmheringe**  
**Neue Magdeb. Salzgurken**  
**Essig, Essigsprit u. Wein-Essig**  
zum Einmachen  
in Gebinden jeder Größe empfiehlt  
**H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,**  
Fischergarbe 61.  
Essigfabrik.

**Bitello 70 Pfg.**  
**Extra 60 Pfg.**  
**F 50 Pfg.**  
bei Abnahme von 2 Pfund  
Preisermäßigung  
**Heinr. J. Uter**  
Schwartauer Allee 31.  
**Feinste und feine**  
**Margarine**  
stets frisch, per Pfd. 50, 60 und 70 Pfg.  
empfiehlt  
**Rud. Kracht, Rahb. Allee 40.**

  
Uhren reinigen . 1.50  
Federn einschm. . 1.50  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0.50.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Südstraße 32.

**Berein für Gesundheitspflege  
und Natarkunde.**  
**Monats-Versammlung**  
am Dienstag den 19. Sept. 1899  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Bürgerverein, Königstraße 25.  
Tages-Ordnung:  
1. Besprechung des Winter-Programms.  
2. Wahl eines ständigen Ausschusses für den Spielplatz.  
3. Verschiedenes.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**  
(Zahlstelle Lübeck)  
**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Dienstag den 19. September  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Kartellbericht.  
3. Fragekasten.  
4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.  
**Die Ortsverwaltung.**

**St. Lorenz-Liedertafel**  
**Socialer Abend**  
am Sonntag den 24. Septbr.  
in Haushaus's Concerthaus.  
Anfang 7 Uhr. Entree 75 Pfg.  
Karten im Vorverkauf 60 Pfg.  
**Der Vorstand.**

**Circus Variété**  
**Bomben-Erfolg**  
hatte das gesammte  
sensat. Eröffnungsprogramm.  
Nur eine Stimme! — Nur ein Lob!  
(Jeder Spielplan verbleibt nur 14 Tage.)  
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.  
Billets im Vorverkauf ermäßigt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.  
Wir erziehen unser Verze, strengen  
Geschäfte, welche im Lübecker Volksblatt  
inserieren, zu berücksichtigen und bei event.  
Einläufen sich auf unser Blatt zu beziehen.  
**Fremdl. Logis Ludwigsr. 37a, 2. Et.**  
Ein freundlich möbliertes Zimmer  
nach vorne an einen Herrn zu vermieten  
Brüderstraße 10a.  
Gesucht zu sofort an Stelle eines erkrankten ein  
ordentliches junges Mädchen für  
häusliche Arbeiten und bei Kindern.  
**Wilh. Menschel, Untertrave 53.**  
Ein Haus zu kaufen gesucht.  
Offerten u. A. Z. an die Exped. d. Bl.  
Junge Kaninchen zu verkaufen  
5 Wochen alt. Rahb. Allee 25 b. part.  
Ein hölz. Stall und ein Terrierhund  
zu verkaufen. Saggau, Gadenburg.  
Viele gebrauchte  
guterhaltene **Fahrräder** billig.  
**O. Störzner, Johannisstr. 33.**  
Verloren eine silberne Cylinderuhr von  
der Glockenstraße bis Engelswisch u.  
zurück bis zur Lebersstraße.  
Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe ab-  
zugeben. Glockenstraße 4a.  
Auf dem Deckel befindet sich der Name J. Wilms.  
Vor Ankauf wird gewarnt.  
**Fran F. Sager, Hebamme,**  
wohnt seit 1. Juli  
Wickedestr. 22, p., b. d. Adlerstr., v. Hofstenthor.  
**Luise Lotzow**  
**Hebamme**  
Meierstraße 43.  
**Als Klavierspieler**  
empfiehlt sich  
**F. Eissmann, Hüfstraße 110, 2. Et.**  
Täglich frisch:  
**H. Bierwurst**  
**H. Bockwurst**  
empfiehlt  
**Carl Junge, Rahmstraße 8.**  
Täglich  
**frische Bierwurst**  
**Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.**  
Prima frische  
**Leberwurst I.**  
empfiehlt  
**Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.**  
Frisch gebrannt. **Kaffee**  
per Pfd. 0.80, 1.00, 1.20, 1.40 Mt.  
empfiehlt  
**Rud. Kracht, Rahb. Allee 40.**



## Der engl. Trades Union-Kongreß in Plymouth.

Vierter Sitzungstag.

Stevenson beantragt die Ausdehnung der Fabrikgesetze auf das Baugewerbe, um eine genügende Inspektion der Baupläne zu erzielen und Unglücksfälle zu verhüten. Der Antrag wird angenommen. Turner verlangt in einer Resolution das Verbot der Strafen und Abzüge in allen Fabriken und Arbeitsplätzen. Er bemerkt, daß die Textilarbeiter diese Forderung so lange wiederholen werden, bis die Strafen und Abzüge in Wegfall kommen. Wird angenommen.

Ein Resolution von Sexton wird angenommen, die eine Vermehrung der Fabrikinspektoren verlangt.

Shadleton beantragt in einer Resolution das parlamentarische Komitee, dem Parlament eine Bill zu unterbreiten, die den Arbeitgebern versetzt, der Arbeitslohn für Kontraktbruch einzubehalten. Wird angenommen.

Ein von Ben Tillet beantragte Resolution zu Gunsten der Errichtung von Gemeindewohnhäusern wird gleichfalls angenommen.

Willington beantragt, das parlamentarische Komitee zu beauftragen, Berichte mit Gewerkschaftsorganisationen anderer Länder auszutauschen, um die Arbeiter der Welt in nähere Beziehung zueinander zu bringen. Der Antrag wurde aber mit 438/000 gegen 352/000 Stimmen abgelehnt.

Der Delegierte Th. Mithen, Weber von Elkhart, machte hier die wenig geistreiche Bemerkung: „Der geübte Mensch verstand hat endlich gesiegt.“

Peter Curran verlangt in einer langen Resolution — derselbe Vorlaut wie voriges Jahr — das Verbot der jugendlichen Arbeiter unter 11 Jahren und Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter unter 18 Jahren.

D. Richard verlangt, aus der Resolution folgende Stelle zu streichen: „Die Zeit ist gekommen, daß England aufhört, sein Reich auf Kinderherzen zu bauen, und seinen Reichthum aus zerstörten Kinderleben zu schlagen.“ Redner erklärt, mit dem Prinzip der Resolution einverstanden zu sein, aber ihre Uebertreibung könnte er nicht billigen.

Willington bemerkt, daß man voriges Jahr die Vertreter der Textilarbeiter-Mörder genannt habe, weil sie das Zentrum der Halbzeitarbeit für Kinder unterfüßten. Es würde viel besser sein, wenn die Eisenbahnarbeiter, die sich mit dieser Resolution befassen, dafür sorgen, daß ihre Aranen und Kinder in den Fabriken den Arbeitern keine Konkurrenz machen, und wenn sie arbeiten, der Weber oder Spinner gewerkschaft beitreten sollten.

Curran's Resolution wurde jedoch mit 587/000 gegen 171/000 Stimmen angenommen.

H. Piddar verurteilt in einer Resolution die jetzige Erziehungsmethode, und verlangt das Verbot der Halbzeitarbeit durch Erhöhung der Schulzeit bis zum 14. Jahre, sowie die Befreiung der Schulkosten aus der Staatskasse, eingeordnete Einkommensteuer aller Einkommen über 6000 Mk. — Resolution wird angenommen.

Whitburn und Genossen schlagen vor, daß alle Gewerkschaften die Produktionsgenossenschaften nach Kräften unterstützen sollen. Der Vorschlag wird angenommen.

Fünfter Sitzungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung verurtheilten Ben Richard und andere Redner die Art, mit der die Delegierten am Montag Nachmittag vom Lord Mount Edgemore beim Besuch auf seiner Besitzung empfangen wurden. Bis jetzt ist es Mode gewesen, daß die Delegierten des Kongresses jedes Jahr von irgend einem Aristokraten, der seine Fremdschaff mit den Arbeitern an die große Glocke hängen wollte, zu einem Schmaus eingeladen wurden. Auch dieses Mal war ein Empfang beim Lord Mount Edgemore arrangiert worden,

und die Delegierten fuhren per Dampfschiff nach seiner Besitzung. Sie waren aber nicht wenig erstaunt, bei ihrer Ankunft den Eingang des Parkes geschlossen zu finden. Keine Seele war anwesend, die ihnen Auskunft gegeben hätte. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Lord eine noble Gesellschaft im Park bewirthete und die Delegierten ruhig abziehen ließ. Dies erregte den Zorn der Besucher und in Folge dessen wurde beschlossen, in Zukunft keine Einladungen mehr anzunehmen, es sei denn von den Gewerkschaften. Vielleicht trägt dieser Zwischenfall dazu bei, verschiedenen Führern, die sich so gern in großer Gesellschaft bewegen, die Augen über die Würdelosigkeit ihres Verhaltens zu öffnen.

Charlesham beantragt die Verbesserung der Bergwerksgesetze, um größere Sicherheit für das Leben der Bergarbeiter zu schaffen. Der Antrag findet Annahme.

Paul Vogel verlangt in einer Resolution höhere Löhne für die Kessler, und das Recht, Schmelzwerke zu tragen.

Wm. Bondfield und W. Steadman beantragen, daß die von den Handlungsgesellschaften ausgesandene Bill für den zeitigen Abschluß dem parlamentarischen Komitee zur Vertheilung im Parlament überwiesen werde.

Ein Antrag, das parlamentarische Komitee soll mit aller Macht dafür eintreten, daß Unruhmacher, welche Regierungshatrasse ausführen, gezwungen werden, den öffentlichen Gewerkschaften zu beitreten. Im Delegierten-Komitee sollen sie mit einer Strafe von 5 Pfennig bestraft werden, wenn sie nicht beitreten.

Diese vier Resolutionen werden angenommen.

Wm. Steadman (Parlamentarier) stellt die folgende Resolution: „Der Kongreß geht von der Meinung aus, daß ein Zirkel der Altersgrenzen für alle Arbeiter des Landes beibehalten sein muß, welcher die Arbeiter auf die Erfüllung der Pension durch Gewerkschaften verweist, oder welche, nicht im Verstand steht, daß viele jugendliche Arbeiter nicht im Verstand sind, irgend welche Pension für die Zukunft zu treffen. Die Altersgrenze soll auf 15 Jahre festgesetzt werden, und das parlamentarische Komitee soll die erforderlichen Schritte thun, um diese Frage bei der nächsten Wahl in den Vordergrund zu stellen.“ Redner führt aus, daß nach Charles Booth 1-15-10 Personen, die das Alter von 15 Jahren erreicht haben, in Betracht kommen. In London gab es eine halbe Million Arbeiter, die einen Verdienst unter 20 Mk. die Woche haben. Diese Leute können um möglich eine Pension leisten. Die Pension für diesen Zweck soll durch eine Einkommensteuer über 2000 Mk. Einkommen gedeckt werden.

Redner unterstützt die Resolution und bemerkt, daß die Frage der Kosten hier in Betracht gezogen werde, aber wenn Mr. Chamberlain 10 Millionen brauche, um einen Krieg gegen das Transvaal zu führen, dann wisse man, wo das Geld herzunehmen sei.

Steadman fragt, wie die in England beschäftigten Ausländer in Bezug auf die Altersgrenze behandelt werden sollen.

Steadman erwidert, daß sie jetzt nach zwölftmonatlichem Aufenthalt berechtigt sind, Armenunterstützung zu erhalten. Dasselbe Recht würde bei der Altersgrenze geltend sein. Die Resolution wird angenommen.

Die Wahl für das parlamentarische Komitee ergab folgendes Resultat. Es wurden gewählt: H. Bell, Eisenbahnarbeiter, mit 865; G. Cowen, Bergarbeiter, 836; W. Davis, Messingarbeiter, 821; W. Thorne, Gasarbeiter, 781; H. Knight, Kupferarbeiter, 769; G. Bovermann, Schriftsetzer, 729; A. Willie, Schiffszimmermann, 726; W. Steadman, Bootmacher, 708; W. Hornidge, Schuhmacher, 708; W. Mallin, Baumwollenarbeiter, 653; T. Holmes, Weber, 594; und J. Chandler 573 Stimmen. S. Woods, J. Haslam und A. Willie wurden als Delegierte zum nächsten Kongreß der Arbeiterföderation in Amerika gewählt.

Als Kongreßort für nächstes Jahr wurde Dundersfield bestimmt.

Peter Curran macht bekannt, daß bis jetzt 360/000 Mitglieder der Nationalföderation der Gewerkschaften beigetreten sind. Als Eintrittsgeld wurde die Summe von 26/000 Mark eingenommen. Jeder würde damit einverstanden sein, daß dies ein erster und ehrlicher Versuch sei, die verschiedenen Sektionen der organisierten Arbeiter zusammen zu bringen. Bis jetzt sei dies die erfolgreichste Sache, welche in der Arbeiterbewegung anzunehmen ist.

Der Finanzbericht des parlamentarischen Komitees zeigt einen Kassenbestand von 26/000 Mk. Die Delegation nach Amerika kostete voriges Jahr 2400 Mk.

Fünfter Sitzungstag.

Der letzte Tag bietet gewöhnlich sehr wenig. Die meisten Delegierten reisen ab, oder sie gehen ihre eigenen Wege. Auch heute sind nur ungefähr 50 Delegierte anwesend, trotzdem noch ein wichtiger Punkt, der jetzt die öffentliche Meinung im höchsten Grade beschäftigt, behandelt werden soll, nämlich die Transvaal-Angelegenheit. Es ist schade, daß diese Frage nicht eher vorgelegt wurde, dann hätte man gesehen, wie sich der genannte Kongreß dazu stellt.

Steadman (Parlamentarier) beantragt folgende Resolution:

„Der Kongreß ermahnt dringend die Regierung, von jedem möglichen Mittel Gebrauch zu machen, um den Streit mit dem Transvaal-Frieden durch friedliche Methoden zu regeln, da ein Krieg große Leiden und unerträgliche Nothstände beiden Ländern bringen würde.“

Redner führt aus, daß er nicht sagen wolle, was Steadman ermahnen könnte, auch wolle er die Leiden nicht billigen, die im Transvaal gehalten wurden, aber man müsse die jenseitige Aufregung in London in Betracht ziehen. Was ist das? Sind nicht Kriege, um den Krieg zu verhindern. Steadman hat gesagt, daß England das Wahlrecht für die Herren nicht wolle, sondern das Land selbst. Er, Redner, hat diese Ansicht auch. Wenn es kein Gold und Diamanten im Transvaal gäbe, dann würde die Gefahr eines Krieges nicht vorhanden sein. Die Regierung sollte bedenken, daß ein Krieg nicht eine einfache Sache sein würde, wie im Sudan, wo man es nur mit Wilden zu thun habe. Die englischen Arbeiter haben keinen Streit mit dem Transvaal; ihre einzigen Feinde sind die Kapitalisten.

Ob ein Krieg erklärt wird, sollte die Regierung das Parlament einberufen, welches die Verantwortung übernehmen sollte.

H. Bell bemerkt, daß der vorgeschlagene Krieg nicht im Interesse der englischen Nation sei, sondern im Interesse einer Anzahl Kapitalisten. Die Sache sollte nicht in den Händen des Mr. Chamberlain, oder Lord Salisbury bleiben, sondern sie solle unbedingt dem Parlament unterbreitet werden.

Kellie erklärt, daß alle zu Gunsten des Friedens sind, aber diese Resolution sei nicht am Platze. Es würde für alle Parteien besser sein, wenn der Kongreß etwas thun würde, was die Regierung stärken würde, anstatt ihre Hände zu binden. Außerdem würde die Resolution keine Wirkung haben, wenn sie von einer kleinen Zahl Delegierten angenommen wird.

B. Piddar, Parlamentsmitglied, billigt die Resolution und bemerkt, daß er es nicht verstehen kann, wie jemand die Regierung unterstützen könne. Es sei ein Krieg im Interesse der Kapitalisten, und er wolle nicht für sie kämpfen. Diejenigen, welche den Krieg anzetteln, sollen auch kämpfen. Jedoch sollte Krüger in solchen Sachen nachgeben, die gerecht sind. Auch ist er der Meinung, daß das Parlament einberufen werden sollte, jedoch werde die Regierung sich nicht beeinflussen lassen, denn die Abstimmung im Parlament ginge nach dem Knall der Peitsche.

Wenn betrachtet die Resolution als einen Angriff auf

## Das Patent.

Novelle von A. Otto.

1. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Was du sagst, — ich kann mich noch immer nicht von meinem Erstaunen erholen“, rief die Gattin, nachdem der Gekocher endlich eine Pause machte und somit Gelegenheit zu einer Bemerkung gab; „du sagtest immer, er sei eine wahre Perle in deinem Geschäfte.“

„Dafür mag ich ihn früher angesehen haben, aber die Perle hat sich als eine Unechte erwiesen.“

„Und das Patent für seine Erfindung?“

„Was du doch immer von Sachen sprechen mußt, die du gar nicht verstehst.“

„Du selbst sprichst oft mit mir davon und meinstest, du gedächtest viel Geld damit zu machen.“

„Woglich erweise, habe ich gesagt, aber die Sache hat sich anders dargestellt. Erstens ist die Erlangung des Patents gar keine sichere Sache, zweitens habe ich die Erfindung erst verbessern und dadurch werthvoll machen müssen, dann aber hat er auch die Sache ausgetüftelt, während er bei mir arbeitete und diese Zeit und was während derselben gemacht wird, gehört doch mir. Aber ich denke, du verdirbst mir besser den Appetit nach, es ist gerade genug heute. Räute die Glocke, die Mädchen sollen kommen.“

Die Hausfrau gehorchte schweigend. Sie zog an einer Klingelschnur und gleich darauf erschienen vier Mädchen im Alter von 19 bis herab zu 14 Jahren, alle gleichmäßig in Weiß und Roth gekleidet. Die Mädchen schienen an die Fabrikordnung gewöhnt.

„Ist Herr Kühne noch nicht da?“ fragte das älteste Mädchen, indem es seinen gewöhnlichen Platz, vorerst stehend, einnahm.

„Nein, und er wird auch nicht kommen, er hat sich dieser Ehre unwürdig bewiesen. Sprich das Tischgebet!“

„Kommt, Herr Jesus sei unser Gast und segne, was Du bescheret hast.“

murmelte das Mädchen eintönig. Sie hatte während dessen die Hände leicht zusammengelegt und setzte sich nun, um sofort die Suppenteller zu ergreifen und ihren Teller zu füllen. Die Anderen hatten, ohne auf das Gebet zu hören, sich gegenseitig angesehen und folgten nun dem Beispiele der älteren Schwester. Und die Jüngste, ein blühendes Geschöpf im Alter zwischen Kind und Jungfrau, setzte sich mürrisch nieder und schien durchaus nicht gewillt, an dem Mahle theilzunehmen.

Es dauerte eine ziemliche Weile, bis das Familienoberhaupt, dem seine jüngste Tochter zur Rechten saß, von diesem Streit in's Essen Rast nahm. Als aber der schwer silberne Löffel seinen letzten Dienst an der Suppe gethan, legte ihn Herr Krummbügel beiseite, wuschte sich dann mit der Serviette den Mund, spülte ihn mit einem Schluck Rothwein rein und sagte, die peinliche Stille endlich unterbrechend:

„Na, was ist denn wieder mit dir los, Anna, warum issest du deine Suppe nicht?“

„Ich werde warten bis Herr Kühne kommt!“

„Herr Kühne wird, wie du hörtest, heute nicht bei uns essen.“

„Nun, dann esse ich auch nicht“, entgegnete mürrisch das Kind und schob den Teller von sich.

„Wenn du nicht essen willst, so gehe weg vom Tisch.“

„Gut, ich gehe weg“, erklärte das Mädchen trotzig und nahm einen Sitz soweit wie möglich entfernt von der Tafel.

„Du erziehst deine Kinder gut“, schrie der Fabrikant seine Gattin an.

„Was kann ich thun?“ erwiderte diese gelassen. „Du sprichst den einen Tag so und den andern Tag sprichst du wieder ganz anders. Da verlieren die Kinder die Richtung.“

„Ist das ein Wunder?“

„Ja, du mußt allemal die Partie der Kinder gegen mich nehmen; selbstverständlich.“

„Weil ich die Kinder verstehe, da ich immer mit ihnen bin. Du aber verlangst, daß sie sich in dich schütten sollen, und du gibst ihnen doch keine Gelegenheit, dich kennen zu lernen.“

„So? Machst Du auch Opposition gegen mich? O, ich sehe, das sozialdemokratische Gift schleicht immer weiter, es scheint sogar meine Familie zu infizieren. Aber ich werde dem ein Ende setzen. Die ganze Umgebung will ich rein machen, oder ich will nicht mehr Krummbügel heißen und der erste Steuerzahler weithin in der Runde sein. Der Staat weiß, wen er an mir hat, was ich ihm werth bin, der Staat soll auch etwas für mich thun. Ja, und das Donnerwetter! Da sitze ich nun hier, die Tafel ist aufgehoben und ich bin noch hungrig wie ein Wärfisch. Wo soll man die Kraft hernehmen zum Arbeiten, wie ich arbeite, wenn man sich nicht etwmal sattessen kann?“

„Es ist noch Alles da, was du wünschst, du hast nur zu bestimmen.“

„Ja, o ja! Nun hier sitzen und allein essen; da soll man Appetit haben. Und dabei an die ungerathenen Kinder denken und an alles das andere verwetterte Zeug. Na, da lange mir nur die Kalbskeule her, ich will sehen, wie ich mit ihr fertig werde.“

Sobald stand die schöne, braunmustrate Kalbskeule von neuem vor dem Fabrikanten, der sich bei diesem Anblick wieder befähigte und mit einem großen, scharfen Tranchirmesser ansehnliche Stücke losschnitt, die von seinem Teller bald ebenso schnell wieder verschwanden, wie sie darauf gelegt waren. Sobald der Appetit etwas abnehmen wollte, wurde er durch einen kräftigen Schluck Rothwein wieder belebt, und erst nachdem Herr Krummbügel ein gutes Pfund Kalbsfleisch hinunter geschluckt und den letzten Tropfen aus der Glasche nachgeschluckt, faltete er die Hände auf seinem hervorragenden Körpertheile und rief:

„Nun kann man mir den Kaffee bringen, sowie ein Gläschen Verdauung.“



die Regierung. Wenn das Parlament morgen zusammen  
trete, würde es doch nicht die Regierung bekämpfen, und  
wenn an das Volk appelliert würde, so würde es zu Gunsten  
der Regierung den Ausschlag geben. Man spräche von Ge-  
duld, aber kein anderes Land in der Welt habe so viel  
Geduld gezeigt, als England. Die Resolution wurde an-  
genommen.

Damit war der Schluß des Kongresses erreicht.

## Soziales und Parteileben.

Ueber die Verhältnisse der obereschleischen  
Montanindustrie heisst es in einem Artikel des „Vorn.“:

„In allen Zweigen der obereschleischen Montanindustrie  
ist seit den letzten Jahren, im Ganzen etwa seit 1893, eine  
überaus starke Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Von Jahr  
zu Jahr nehmen die Arbeiter zu, und doch herrscht fast  
fortwährend Arbeitermangel, den die Regierung vergeblich  
durch Zulassung von Galiziern zu beheben suchte. Es  
nahmen ferner zu die Produktionsmengen, und  
zwar stiegen sie mehr als die Arbeiterzahlen. Das liess  
ersehen, daß die Leistungen der Arbeiter wuchsen, infolge  
von Ueberstunden, Ueberschichten, Verbesserung der  
Produktionsbetriebe u. dergl. Es nahmen dreitens zu die  
Werthsummen der Produktionsmengen. Diese aber  
nahmen nicht nur mehr zu als die Arbeiterzahlen, sondern  
noch mehr als die Produktionsmengen. Das wirkte auf die  
Preissteigerungen der Montanindustrieerzeugnisse. In diesen  
drei Momenten zeigten sich die Vortheile der Geschäftslage  
für die Unternehmerschaft.

Auch die Lage der Arbeiterschaft änderte sich. Zwei  
Thatsachen waren es insbesondere, die auffielen: eine an-  
nahme und eine unangenehme. Die Lohnsummen in den  
einzelnen Branchen der Montanindustrie stiegen ebenfalls,  
und zwar stärker als die Arbeiterzahlen. Das liess auf eine  
Steigerung der Löhne schließen. In der That ergiebt sich  
eine solche, abgesehen von Rückschlüssen für gewisse Arbeiter-  
kategorien in weniger gut situirten Beschäftigungszweigen,  
aus den jährlichen Lohnstatistiken. Aber auch die Unfälle-  
zahlen sind gestiegen, und zwar nicht nur entsprechend der  
Vermehrung der Arbeiter, sondern um ein ganz Bedeutendes  
mehr. Dies liess auf eine stark erhöhte Ausbeutung der  
Arbeiter schließen, darauf, daß aus den Arbeitern mehr Arbeit  
herausgepresst verjocht wurde, als sie leisten konnten, ohne  
ihrem Leben und ihrer Gesundheit zu schaden.

Verglich man außerdem die Zunahme der Werthsummen  
mit der Lohnsummen, so ergab sich ferner, daß jene eine  
viel bedeutendere war, als diese.

Die Zahlen, auf die der „Vornwärts“ sich bezieht, sind  
der vom obereschleischen Berg- und Hüttenmännerverein auf-  
gestellten Statistik entnommen. Die wichtigsten dieser Zahlen  
sind: In der gesamten obereschleischen Montanindustrie  
stieg in der Zeit von 1893 bis 1898 die

Arbeiterzahl um . . . 16,2 pCt.,  
Produktionsmenge um . . . 39,0 pCt.,  
der Werth der Produktion um . . . 53,3 pCt.,  
die Lohnsumme um . . . 34,0 pCt.

Aus den weiteren Ziffern geht hervor, daß in Ober-  
schlesien ein wackerer Berg- und Hüttenmann noch immer  
nicht jährlich im Durchschnitt 1000 Mark verdient, und daß  
noch immer massenhaft jugendliche und weibliche Arbeiter  
auf knapp eine Mark pro Tag kommen. Bei fünf der ins-  
gesammt fünfzehn Arbeiterkategorien sind die Jahreslöhne  
sogar zurückgegangen! Es zeigt sich ferner, daß die Blüthe  
der obereschleischen Montanindustrie, zum Theil leider auf  
der Vernichtung des Lebens und der Gesundheit der Ar-  
beiter beruht. Kein Industriezweig ohne Steigerung der Un-  
fallzahlen! Im Ganzen beträgt diese 60 pCt., während,  
wie angegeben, die Steigerung der Arbeiterzahl insgesamt  
nur 16 pCt. beträgt.

Die streikenden Arbeiter der Vochemann'schen  
Mühlwerke in Leipzig beschloffen, nicht eher die Arbeit  
aufzunehmen, als bis folgende Forderungen bewilligt worden  
sind: 1) Wiedereinstellung der Gemüthsgelitten, sämtlicher  
Kommissionsmitglieder und der am Sonnabend entlassenen  
Arbeiter. 2) Anerkennung des Arbeiterausschusses als Be-  
schwerdekommision der Arbeiter und demgemäße Umänderung  
der Fabrikordnung. 3) Amtsenthebung der Werksmeister und

„Verbanung“ sagte Herr Krummbügel nur, um nicht zu  
sagen „Cognac“, denn er war so weit deutscher Patriot, daß  
er zwar nicht auf die französischen Getränke, wohl aber auf  
deren Namen verzichtete und somit etwas weiter ging, als  
der Spruch in Goethe's „Faust“ lautet:

„Ein echter deutscher Mann  
Mag keinen Franzosen leiden,  
Doch seine Weine trinkt er gern.“

Nachdem er den Kaffee und den Cognac zu sich  
genommen, warf er sich auf's Sopha und war bald darauf  
entschlummert.

Inzwischen ging das Geschäft seinen Gang. Herr  
Krummbügel, obwohl er sich gern die „Seele des Geschäfts“  
nannte, wurde nirgends vermisst.

### III. Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Es war bestimmt, daß Herr Krummbügel an diesem  
Tage zweimal seinen Staatsfrack anziehen sollte; denn als  
er nach seinem Schlafe, der gleich dem des Gerechten, gründ-  
lich und tief, aber auch nicht ganz geräuschlos war, abermals  
eine Tasse Kaffee zur Wiederbelebung des Blutumlaufes zu  
sich genommen, wurde ihm der erste Buchhalter gemeldet.  
Herr Krummbügel nickte, was jebiet wie eine geneigte Zu-  
stimmung, den Besuch zu empfangen, bedeutete.

Als bald erschien ein kleines, graues Männchen mit  
merklich übertriebenen Schultern, wie sie häufig bei Leuten zu  
finden sind, die ihr Leben tagtäglich über dem Schreibtisch ge-  
standen. Der Mann brauchte sich nicht besonders zum Gruße  
zu verneigen, denn die ganze Gestalt schien ein Büdlin zu  
sein. Es war einer jener Beamtenklaffen, die das Servile  
gewöhnlicher Staats- und Stadtbeamten gegenüber ihren  
Vorgesetzten mit der Unsicherheit jener Menschen verbinden,  
deren Existenz, deren Brot von der augenblicklichen und un-  
berechenbaren Laune einer Privatperson abhängt, eine Un-  
sicherheit, die in Mangelhaftigkeit umschlägt, wenn die Schwäche  
des Alters den Menschen gegen seine eigene Kraft mißtrauisch  
macht.

wig und Anschlag. 4) Die älteren Arbeiter sind bei Arbeits-  
mangel zuletzt zu entlassen. 5) Eine gründliche Revision der  
Fabrikordnung hat sofort nach Arbeitsaufnahme statt-  
zufinden. 6) Alle Ausständigen sind wieder an ihre alten  
Plätze zu stellen. Ferner wurde beschloffen, das Gewerbe-  
gericht als Einigungsamt anzurufen. Zur Zeit sind aus-  
ständig: 244 Metallarbeiter, 14 Mädchen, 89 Tischler, 90  
Hirsch-Dumderianer und Mädchen, 16 nicht zur Kontrolle  
erschienen, 10 Kranke, zusammen 463 Personen. Weitere  
25 hätten sich gemeldet und wollen übertreten. Alsdann be-  
laufe sich die Zahl der Streikenden auf 488.

Weberstreik. In der Baumwollwaarenfabrik von  
Freisch u. Co. in Haindorf (Böhmen) haben 400 Weber  
die Arbeit eingestellt. Sie haben zehn Forderungen über-  
reicht, darunter den Achtstundentag, eine 25proc. Lohn-  
erhöhung und die Freigabe des 1. Mai.

Frauen in Japan. Frauen finden in Japan bereits  
in Fabriken, Staatsanstalten, im Telegraphendienst und selbst  
in Banken Beschäftigung und jetzt geht man mit dem Plane  
um, sie im inneren Eisenbahndienst zu verwenden.

## Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Polizei in Hagen verhaftete  
den Arbeiter Broedeking wegen Falschmünzerei. Bei der  
Einschaltung wurden viele falsche Stücke, Schmelzriegel und  
Formen beschlagnahmt. — Wegen Verbrechen gegen den  
§ 157 des Strafgesetzbuchs wurde der Fabrikant Clemens  
August Hoffmann aus Düren von der hiesigen Straf-  
kammer zu sechs Monaten, der Mitangeklagte Bachem zu 18  
Monaten Gefängnis verurtheilt. Weiden wurden die bürger-  
lichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Hoffmann be-  
kleidete zahlreiche öffentliche, namentlich auch kirchliche Ehren-  
ämter. Nur Gebet und Kette kann die menschliche Gesell-  
schaft retten, hieß es auf dem Paracletage des Centrums in  
Reife. Für Herrn Hoffmann hat dieser Ausspruch offenbar  
keine Bedeutung gehabt. — In Götting schloß der 72-  
jährige Auschanker Grundmann auf seine 17jährige Stief-  
tochter, worauf er sich die Pulsader durchschnitt und sich  
erschoss. Als Motiv gilt Rache. — Bei starkem Nebel fuhr  
in der Nähe von Tagerog ein Schnellzug in eine  
Kolonne von 50 Bahnarbeitern ein, die, um einen Güterzug  
vorbei zu lassen, auf das Nebengeleise getreten waren. Zehn  
Arbeiter waren auf der Stelle todt, viele sind stark ver-  
stümmelt. — In Madrid wurden 59 typhusartige Er-  
krankungsfälle festgestellt; die Sterblichkeit ist jedoch sehr  
gering. — Die portugiesische Regierung hält  
den Sanitätsforon, den sie für notwendig hält, aufrecht,  
trotz der Manifestationen der Einwohner. — Der „Times“  
wird aus Kapstadt gemeldet: Premierminister Schreiner  
theilte im Geschehenden Rath mit, im Kräftesrich von  
Magde nahe der Delagoa-Bai seien 42 Fälle von Pest  
festgestellt worden, welche sämtlich tödlich verlaufen seien.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.  
Vom Landgericht in Gleiwitz ist am 12. ds. Mts. der  
Korporale Josef Kandziora aus Baborze wegen ange-  
geblicher Majestätsbeleidigung, Gotteslästerung und Beschimpfung  
von Einrichtungen der katholischen Kirche zu 9 Monaten  
Gefängnis verurtheilt worden. Die Verhandlung fand  
unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Straftathaten  
sollen bei der Lektüre und Vespersion eines Zeitungsartikels  
gegeschehen sein. Kandziora erklärte die Demunziation für  
Verleumdung. Sein Verteidiger war Justizratz Wohl in  
Gleiwitz. — In Kattowitz ist am 12. ds. Mts. ein  
Arbeiter wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet  
worden.

Die Redner im Reichstage. Im Nachstehenden  
gehen wir nach der „Deutsch. Tagesz.“ eine Zusammenstellung  
derjenigen Abgeordneten, welche im Reichstag am häufig-  
sten das Wort genommen haben. Bei den Reden sind in-  
des nicht nur die ausführlichen berücksichtigt, sondern auch  
die kurzen persönlichen Bemerkungen, ferner die Bemerkun-  
gen zur Geschäftsordnung und die meistens ganz kurzen  
Ausführungen der Herren Berichterstatter. Es kann also  
aus den folgenden Zahlen nicht ohne weiteres auf die red-  
nerische Betätigung ein Rückschluss gezogen werden. Ferner  
ist es ganz natürlich, daß die Parteiführer oft zu kurzen  
Bemerkungen das Wort ergreifen, die nicht ohne weiteres

als Reden gelten können. Unter diesen Gesichtspunkten  
müssen die folgenden Zahlen verstanden werden. In der  
Spitze der Reichstagsredner marschirt der Abg. Singer,  
der 80 mal das Wort ergriffen hat. Ihm folgt Dr.  
Lieber, der 69mal, Richter, der 62mal, Möller und Webel,  
die 53mal gesprochen haben. Betrachten wir die einzelnen  
Parteien, so möchten wir nur diejenigen Redner berück-  
sichtigen, die mehr als 10mal das Wort ergriffen haben.  
Von den Sozialdemokraten haben außer Singer  
und Webel Wolfenbühler 50mal, Stadthagen  
44mal und Wurm 20mal gesprochen. — Unter den Wil-  
den hat Noeide-Deffau mit 50 Reden den höchsten Rekord  
erzielt, Dr. Hahn sprach 22, Dr. Noeide-Kaiserslautern 15,  
und Städter 11mal. In der konservativen Partei  
waren das die Abgeordneten Graf Noen (27), Dr. Dertel-  
Sachsen (21), Graf Kautz (19), von Levetzow (18), Freiherr  
von Nichte (18), von Staudy (17), Graf Klinkowström  
(16), von Voßell (16), von Salisch (15). Die freikon-  
servative Partei wies folgende Hauptredner auf: Frei-  
herr von Stumm (49), von Starbörj (37), Gamp (26),  
Arendt (18), Graf von Arnim (14). Bei den National-  
liberalen haben mehr als 10mal das Wort ergriffen:  
die Abgeordneten Möller (55), Paasche (39), Hofmann-  
Dillenburg (38), Wassermann (36), Sattler (17), Freiherr  
von Hehl (15), Kasse (12), Büsing, Lehr, Graf von Dröta  
(je 11). — Die Hauptredner des Centrums waren Dr.  
Lieber (69), Hise (10), Prinz Arenberg (36), Gröber (28),  
Müller-Rulda (27). — Von den Nationalisten haben  
Liebermann von Sonnenberg 31mal und Werner 21mal ge-  
sprochen. — Die beiden freisinnigen und die demo-  
kratische Partei stellten folgende Hauptredner: Richter  
(62), Dr. Müller-Sagan (50), Leuzmann (27), Fischbeck (22),  
Wesch (19), Schrader (16), Voemel (15), Frese (15),  
Schmidt-Eberfeld (13).

Wenn der Kaiser reist. Vorsichtsmaßregeln für die  
persönliche Sicherheit des Kaisers sind diesmal in Elsf,.  
Württemberg und Baden sehr ausgiebig getroffen worden.  
Ehe der Kaiser in Stuttgart ankam, wurde, so erzählt  
der „N. N.“, ein dortiger Glasermeister beauftragt, sämt-  
liche Kellerfenster und -türen des Residenzschlosses, in dem  
der Kaiser wohnte, zuzunageln! Ferner wurde der  
Stuttgart-Waldhof bei der Ankunft und bei der Abreise  
des Kaisers je auf mehrere Stunden für das  
Publikum gesperrt. Von einem einzigen der vier Bahnsteige,  
der einen Seitenzugang hat, wurden während dieser Zeit  
Züge abgelassen. Der übrige Verkehr stockte. Bei der Ab-  
reise war die ganze Linie Stuttgart-Marktsrahe mit Land-  
jägern besetzt.

Sonderbare Geschmackverirrungen zeitigt der  
Trenius-Prozess. Ein in der Spenerstraße in Berlin  
wohnhafter Restaurateur führt ein Getränk, dem er den  
Namen „Dreyfus-Thräne“ beigelegt hat. Wie auf  
dem Etikett bemerkt ist, soll es der „unschuldigste“  
aller Schnäpse der Welt sein.

Die Petroleumproduktion der Welt. Der „Phila-  
delpia Manufacturer“ brachte jüngst eine Berechnung der  
Petroleumproduktion in den verschiedenen Erdtheilen und Län-  
dern. Nach seiner Aufstellung entfallen von der jährlichen  
Weltproduktion von 5000 Millionen Gallons (1 Gallon  
gleich 3,79 Liter) auf die: Verein. Staaten: 2500 000 000  
Gallons, Russland 2250 000 000, Oesterreich 87 000 000,  
Sumatra 72 000 000, Java 30 000 000, Kanada 29 000 000,  
Rumänien 24 000 000, Indien 15 000 000, Japan 8 000 000,  
Deutschland 7 000 000, Peru 3 000 000, Italien 1 000 000.  
Während aber an Rohöl die Vereinigten Staaten nur wenig  
mehr gewinnen, als Russland, stehen sie in Bezug auf die  
Erzeugung von raffiniertem Öl dem letzten Staat weit voran.  
Zu bemerken ist die starke Produktion Sumatras. Sie hat  
sich in den letzten Jahren ganz enorm gehoben und macht in  
Südchina dem russischen wie dem amerikanischen Petroleum  
scharfe Konkurrenz, besonders seit in Hongkong große Nieder-  
lagen errichtet worden sind. Der Handel mit Sumatra-  
Öl liegt in Ostasien zum größten Theil in deutschen Händen.  
Von den Vereinigten Staaten geht das meiste Petroleum  
nach Großbritannien und Deutschland. Die gesammte Aus-  
fuhr von raffiniertem Leuchtöl aus den Vereinigten Staaten  
betrug im Fiskalsjahr 1898 900 998 875 Gallons, Russlands  
Ausfuhr beläuft sich noch nicht auf ein Drittel dieses  
Quantums.

rest über der Stirn die Form eines Hahnenkammes gegeben,  
ließ er sich den Staatsfrack reichen und schritt mit majestätischen  
Schritten nach dem Amtsstolze.

Die Deputation harpte seiner daselbst bereits und zwar  
stehenden Fußes. Herr Krummbügel überflog ihre Reihen  
mit einem vornehmen, gleichgültigen Blick, der schließlich auf  
der Person des jungen Arbeiters Rühne haften blieb, wobei  
die Züge des Arbeitsherrn einen merklich strengeren Ausdruck  
annahmen.

„Guten Tag, ihr Leute!“ rief er kurz und scharf. „Was  
wollt Ihr von mir? Aber nur Einer spreche, sonst giebt's  
ein Durcheinander.“

„Unser Mitarbeiter, Rühne ist unser Sprecher,“ bemerkte  
ein Arbeiter.

„Also Sie, Herr Rühne? Recht nett in der That!  
Und heute Morgen leugneten Sie noch, der Rädelshführer zu  
sein?“

„Herr Krummbügel,“ erwiderte der Arbeiter fest, „ich  
bin kein Rädelshführer, noch sonst etwas dergleichen. Ich  
wurde von meinen Mitarbeitern gewählt, um bei Ihnen der  
Sprecher für ihre Angelegenheiten zu sein. Ich war über-  
zeugt, daß sie eine gerechte Sache hatten und in solchem  
Falle halte ich es für meine Pflicht, eine, für die jedes ge-  
rechten Mannes, wenn er von seinen Mitmenschen ein Ver-  
trauensamt angetragen bekommt, dasselbe auch anzunehmen.  
Denn ein jeder hat in diesem Falle die gleiche Pflicht und  
es ist nicht ehrenhaft, Andere vorgehen zu lassen, wenn man  
selbst es kann und dazu berufen wird.“

„Wie Ihnen das von den Lippen geht! Aber, daß Sie  
ein undankbares Individuum gegenüber den Wohlthätern, die  
ich Ihnen, dem Waisungen, bewiesen, dessen scheinen Sie  
sich nicht bewußt zu sein.“

„Es handelt sich hier gar nicht um unsere persönlichen  
Beziehungen, auch nicht um mein persönliches Interesse, son-  
dern um das Recht der Arbeiter.“

(Fortsetzung folgt.)